

Landesbank Berlin AG | Berliner Sparkasse

2015

Jahresabschluss und Lagebericht



Landesbank Berlin AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2015

Inhalt

LAGEBERICHT

| | |
|---|-----|
| A. GRUNDLAGEN | 6 |
| B. WIRTSCHAFTSBERICHT | 13 |
| C. NACHTRAGSBERICHT | 24 |
| D. RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM | 25 |
| E. RISIKOBERICHT | 27 |
| F. CHANCEN UND PROGNOSEBERICHT | 52 |
| | |
| BILANZ | 56 |
| GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG | 59 |
| EIGENKAPITALSPIEGEL | 61 |
| KAPITALFLUSSRECHNUNG | 61 |
| ANHANG | 64 |
| ANLAGEN ZUM ANHANG | 104 |
| BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS | 107 |
| VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER | 108 |
| BERICHT DES AUFSICHTSRATS DER LANDESBANK BERLIN AG | 109 |

Lagebericht

A. Grundlagen

1. Organisation und Struktur

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (BSK) und gilt gemäß Berliner Sparkassengesetz als eigener Sparkassenverband. Der Sparkassenverband Berlin ist Mitglied im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und damit einer von 12 regionalen Sparkassenverbänden. Er vertritt die Interessen der LBB/BSK innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und gegenüber dem Land Berlin. Die BSK ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt. Dieser Lagebericht bezieht sich auf die Landesbank Berlin AG einschließlich der Berliner Sparkasse, so dass im Folgenden daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet wird.

Die Aufgaben zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Berliner Sparkasse sind zum einen in § 2 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz definiert: „Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.“ Zum anderen sind die Grundsätze der Geschäftspolitik gemäß § 4 Berliner Sparkassengesetz maßgebend: „Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaft-

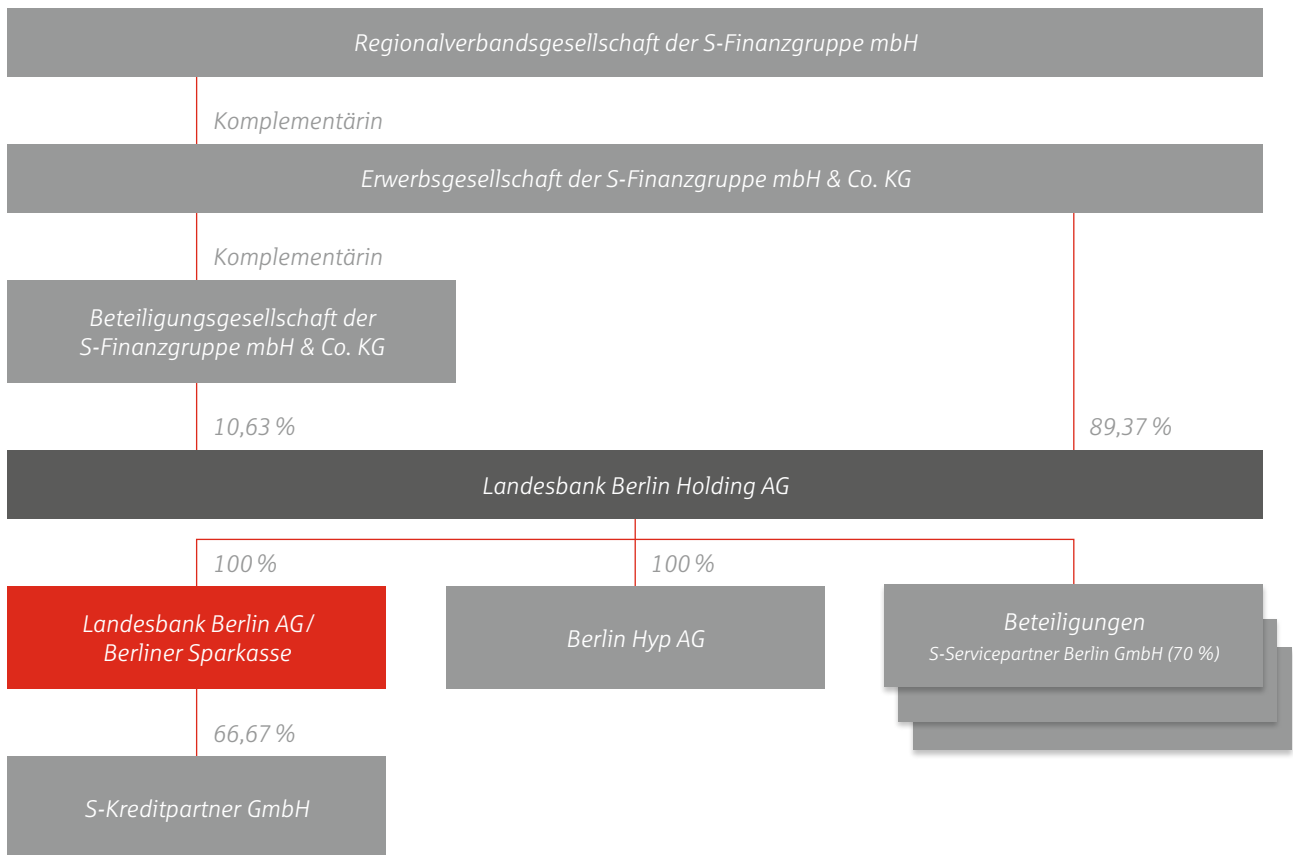
licher Gesichtspunkte zu führen.“ In diesem Sinn agiert die Berliner Sparkasse und richtet ihre Arbeit darauf aus, ihrem öffentlichen Auftrag zu jeder Zeit gerecht zu werden. Die Bedürfnisse der Kunden stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Produkte und Leistungen passt die Berliner Sparkasse regelmäßig den aktuellen Marktbedingungen an.

Organisatorisch gliedert sich die LBB/BSK in die drei Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Treasury. Zum Geschäftsfeld Private Kunden zählen das Geschäft mit privaten Kunden in Berlin und der DirektBankService als bundesweiter Emittent von Kreditkarten unter der Marke LBB. Neben dem Firmenkundengeschäft in Berlin mit kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen zählen das ausgewählte überregionale Geschäft mit großen Firmenkunden und die regionale Gewerbliche Immobilienfinanzierung zum Geschäftsfeld Firmenkunden. Das Geschäftsfeld Treasury erfüllt die klassischen Funktionen der Liquiditätssteuerung, um eine ausreichende Liquidität zu gewährleisten, der Eigenanlage (Depot-A) und der strategischen Fristentransformation. Darüber hinaus erbringen Corporate Center und Marktfolgeeinheiten Leistungen wie z. B. Kredit- und Risikobetreuung, Finanzen, Risikocontrolling, Organisations- und Produktivitätsmanagement, Unternehmensentwicklung, Recht und Revision.

Die LBB/BSK ist dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieser Haftungsverbund wurde im Jahr 2015 an die neuen europäischen Vorgaben angepasst.

Er gewährleistet die Liquidität und Solvenz der beteiligten Institute und ermöglicht es ihnen, jederzeit die Forderungen ihrer Kunden zu erfüllen.

Die LBB/BSK im Konzernverbund zum 31.12.2015*



* Die Darstellung beschränkt sich auf die wesentlichen Beteiligungen. Die Berlin Hyp AG wurde bereits zum 31.12.2014/01.01.2015 zusammen mit weiteren Beteiligungen auf die Landesbank Berlin Holding AG übertragen.

2. Aufsicht und Regulatorik

Die LBB/BSK wurde aufsichtsrechtlich als bedeutend eingestuft und untersteht deshalb – wie die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschafts-Gruppe) insgesamt – der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die laufende Aufsicht wird dabei von einem „Joint Supervisory Team“ von Mitarbeitern der EZB, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank mit Koordination durch die EZB gewährleistet. Im Rahmen dieser direkten Aufsicht erfolgte im Jahresverlauf eine aufsichtsrechtliche Beurteilung auf Basis der europäischen SREP-

Richtlinie (Supervisory Review and Evaluation Process). Im Jahresverlauf wurde der aufsichtsrechtliche Sanierungsplan der S-Erwerbsgesellschafts-Gruppe aktualisiert.

Per 31. Dezember 2015 betrug die harte Kernkapitalquote in der LBB/BSK 17,3 %. Die Kapitalquote der LBB/BSK profitiert stark vom Einsatz aufsichtsrechtlich anerkannter interner Modelle (IRBA, AMA). Zukünftig ist damit zu rechnen, dass die Kapitalvorteile aus der Anwendung interner Modelle deutlich beschnitten werden oder ganz wegfallen; dies würde zu einem deutlichen Rückgang der Kapitalquoten führen.

3. Umbau im Zeitplan

Der 2013 eingeleitete Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse ist 2015 weiter gut vorangekommen. Von den rund 1.300 Einzelmaßnahmen, die bis Ende 2017 umgesetzt werden sollen, konnten auch im Berichtsjahr weitere Arbeiten abgeschlossen werden. Der Abbau nicht mehr strategiekonformer Geschäfte wurde weiterhin konsequent verfolgt. Der angestrebte Abbau von 950 Stellen in der LBB/BSK bis 2017 wurde weiter vorangetrieben. Rund drei Viertel des geplanten Abbaus sind bereits vereinbart.

Bereits zum 31. Dezember 2014/ 1. Januar 2015 wurden die Berlin Hyp AG (Berlin Hyp) und weitere Beteiligungen an die gemeinsame Mutter Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) übertragen und agieren seitdem als Schwestergesellschaften der LBB/BSK. Die Stille Einlage in Höhe von nominal 700 Mio. €

wurde in 2014 an die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG zurückgezahlt.

Bei den Komponenten des Verwaltungsaufwands bewegen sich die laufenden Kosten auf dem Zielpfad. Abweichungen sind zum größten Teil externen Faktoren geschuldet, insbesondere dem Zinstief (höhere Rückstellungen für die Altersversorgung) sowie zusätzlichen regulatorischen Kosten (europäische Vorgaben an den Haftungsverbund des DSGVO). Die Bilanzsumme wurde weiter reduziert.

In 2016 wird der Fokus insbesondere auf der Standardisierung und Vereinfachung der Prozesse und der IT-Systeme liegen. Oberstes Ziel des Umbaus ist, eine Kostenstruktur für eine nachhaltig positive Ertragsbasis der Berliner Sparkasse zu schaffen.

4. Geschäftstätigkeit

Als moderne Universalbank berät die LBB/BSK ihre Kunden in allen Finanzfragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Retail-Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie der regionalen Gewerblichen Immobilienfinanzierung. Kern des Geschäftsmodells ist die Hereinnahme von Einlagen aus der Region und die Gewährung von Krediten in der Region Berlin.

Im Geschäft mit Privaten Kunden steht ein Vertriebswegemix aus klassischem Filialgeschäft mit persönlicher Beratung in einer der Vertriebsstellen sowie einem umfassenden Online- und Telefonbanking-Angebot zur Verfügung. Ihre Immobilienkompetenz für Private Kunden hat die LBB/BSK in vier eigenständigen ImmobilienCentern gebündelt. Anfang Januar 2016 hat die neu gegründete BSK Immobilien GmbH ihre Tätigkeit als Objektvermittler aufgenommen. Ergänzend kommen das Private Banking für hochvermögende Kunden und die Mobile Beratung, bei der der Berater zum Kunden kommt, hinzu. Zudem stehen den Kunden etwa 1.200 Selbstbedienungsautomaten im Berliner Stadtgebiet zur Verfügung.

Das Geschäft mit Kreditkarten, das weiterhin die Marke LBB verwendet, hat die LBB/BSK als größter Anbieter kostenpflichtiger Kreditkarten in Deutschland mit 3,0 Mio. ausgegebenen Kreditkarten (inkl. Debitkarten im Kooperationsgeschäft) weiter ausgebaut. Neben den eigenen Kredit- und Prepaidkarten gibt die LBB/BSK für verschiedene Unternehmen CoBranding-Kreditkarten heraus.

Im Geschäft mit Firmenkunden ist die LBB/BSK Partner und Dienstleister für Unternehmen in der Region Berlin. Mittelständische Unternehmen, Verbände und Stiftungen, öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften zählen ebenso zu ihren Kunden wie innovative Start-Ups und Geschäfts- und Gewerbetreibende in der Region. Geschäftskunden werden von Beratern der Business-Line telefonisch betreut. Für größere Gewerbekunden stehen zwölf dezentrale FirmenCenter zur Verfügung. Mittelständische und große Firmenkunden werden in vier zentralen FirmenCentern individuell betreut. Darüber hinaus stehen in den FirmenCentern „Gründung und Nachfolge“ sowie „Zukunftsbranchen“ Fachberater zur Verfügung. Weiteres Spezial-Know-how wird in den KompetenzCentern „Leasing und Factoring“, „Fördermittel“, „Electronic Business“ sowie in der Abteilung „Ausland“ angeboten.

Mit langjähriger Expertise vor Ort ist die LBB/BSK mit Schwerpunkt auf dem Berliner Markt als regionaler Immobilienfinanzierer aktiv. Finanziert werden Gewerbeimmobilien in einer Größenordnung zwischen 2,5 und 50 Mio. €. Für großvolumigere Finanzierungen werden Konsortien unter anderem mit der Schwestergesellschaft Berlin Hyp als Konsortialpartner oder anderen Sparkassen gebildet. Von der Bauzwischenfinanzierung über die Portfoliofinanzierung bis zu Avalkrediten und Zinsswaps stellt die LBB/BSK die komplette Produktpalette der Immobilienfinanzierung bereit.

Die LBB/BSK ist in ein enges Netz mit spezialisierten Verbundpartnern eingebunden.

Die **S-Kreditpartner GmbH (SKP)** ist ein verbundenes Unternehmen der LBB/BSK und der spezialisierte Verbundpartner für das Auto- und Konsumentenkreditgeschäft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Ziel der SKP ist es, die Position der Sparkassen in diesem Geschäft gemeinsam zu stärken.

Dafür stellt die SKP den Partnersparkassen die passenden Produkte bereit und sorgt für eine bestmögliche Beratungsunterstützung. Alle technischen Prozesse sowie die persönliche Betreuung durch die SKP sind darauf ausgerichtet, dem Sparkassenberater vor Ort jene Freiräume zu schaffen, die er für die optimale Beratung seiner Kunden zum S-Privatkredit und S-Autokredit benötigt. Speziell für das Onlinegeschäft wird die SKP ihren Partnersparkassen zusätzlich ein Leistungsangebot unter der Marke S-Kredit-per-Klick anbieten. Darüber hinaus stellt die SKP Lösungen für Firmenkunden aus der Fahrzeugbranche bereit. Die Angebote für die Einkaufs- und Absatzfinanzierung stärken gleichzeitig die Beziehung zwischen Sparkasse und regionalem Autohandel.

Die **S-Servicepartner Berlin GmbH (S-Servicepartner)** ist ein strategischer Verbundpartner der Sparkassen in der Marktfolge. Sie unterstützt die Sparkassen dabei, sich ganz auf den Vertrieb zu konzentrieren und folgt damit konsequent der Strategie der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die S-Servicepartner bietet ihren Mandanten ein breites, ausgewogenes Marktfolgeangebot in den Bereichen Kreditbearbeitung, Kontoführung, Zahlungsverkehr, Dienstleistungen und Stabstätigkeiten, wie zum Beispiel Finanzen und Controlling, an.

Zum 8. Oktober 2015 erfolgte die Gründung der S-Servicepartner Deutschland GmbH als Zusammenschluss der Norddeutschen Retail-Service GmbH mit der S-Servicepartner GmbH unter der Dachmarke S-Servicepartner. Dafür erfolgte mit Wirkung vom 30. Oktober 2015 die Umfirmierung der S-Servicepartner GmbH in S-Servicepartner Berlin GmbH.

5. Steuerung

Mit der im Geschäftsjahr 2015 konsequent fortgeführten Ausrichtung der LBB/BSK auf ein sparkassentypisches Berichtswesen ergaben sich auch Auswirkungen auf die relevanten Größen für die Banksteuerung. So wurden im Jahr 2015 die Kennziffern „Cost-Income-Ratio“ und „Eigenkapitalrentabilität“ als weitere Leistungsindikatoren definiert. Mittelfristig werden sparkassentypische Leistungsindikatoren ergänzt, die einen Vergleich zu anderen Sparkassen ermöglichen.

Das anspruchsvolle Programm zur Kostensenkung in der LBB/BSK wurde weiter vorangetrieben. Ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Kostenziele ist neben der Senkung der Sachkosten nach wie vor auch der Abbau von Mitarbeiterkapazitäten.

Somit ergeben sich für die LBB/BSK folgende **finanzielle Leistungsindikatoren**:

- Ergebnisabführung an die Landesbank Berlin Holding AG
- Verwaltungsaufwand
- Harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung von „Phase-In-Regeln“
- Bilanzsumme
- Forderungen an Kunden
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Cost-Income-Ratio (CIR): Quotient aus dem Verwaltungsaufwand und den Erträgen (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestands und Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen)
- Eigenkapitalrentabilität: Quotient aus dem „Ergebnis vor Steuern“ zuzüglich Veränderung § 340 g HGB und dem durchschnittlichem bilanziellen Eigenkapital einschließlich § 340 g HGB

Zudem besteht folgender **nicht-finanzieller Leistungsindikator**:

- Mitarbeiterkapazitäten

6. Gesellschaftliches Engagement

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und der Förderung des Sparens und des Gewerbes stand die Gemeinwohlorientierung im Mittelpunkt des Handelns der Berliner Sparkasse. Ihr Engagement in der Stadt hat sie im vergangenen Jahr weiter ausgebaut.

Die drei Stiftungen der Berliner Sparkasse bildeten einen wichtigen Baustein des gesellschaftlichen Engagements des Hauses. So hat etwa die Stiftung Berliner Sparkasse seit ihrer Gründung im Jahr 2010 zur Förderung des Gemeinwohls 900.000 € an mehr als 200 Projekte in Berlin ausgeschüttet.

Aus dem „PS-Sparen und Gewinnen“ flossen 2015 Ausschüttungen in Höhe von 1,5 Mio. € vor allem in Kinder- und Jugendprojekte sowie in Einrichtungen der Behinderten- und Altenpflege. Die Berliner Sparkasse vergab diese Mittel gemeinsam mit dem Senat von Berlin.

Ein breit gestreutes Kiezförderungsprogramm unterstützte eine Vielzahl von kleinen Projekten in Schulen, Sportvereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen in ganz Berlin. Neben finanziellen Zuwendungen engagierten sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ehrenamtlich in Kiez-Projekten. Im September 2015, dem sogenannten Ehrenamtsmonat der Berliner Sparkasse, waren

mehr als 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen guten Zweck im Einsatz.

Die Berliner Sparkasse trat als Sponsor in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales sowie bei wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen in Erscheinung. So ist sie Sponsor des Landessportbunds und des Olympiastützpunkts Berlin. Seit 2015 unterstützt sie zudem als offizieller Premiumpartner die Nachwuchsarbeit des Handballvereins Füchse Berlin.

Gemeinsam mit dem Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) und der DekaBank ist die Berliner Sparkasse seit 2011 Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin. Neben der Unterstützung großer Ausstellungen geht es darum, Kinder und Jugendliche durch attraktive Angebote für die Museen zu begeistern.

Erstmals im Jahr 2015 hat sich die Berliner Sparkasse für den „Karneval der Kulturen“ engagiert. Der Fortbestand der beliebten Veranstaltung, deren Finanzierung lange Zeit gefährdet war, konnte auf diese Weise gesichert werden.

Eine Herausforderung stellte die Unterstützung von Flüchtlingen mit den beiden speziell für Flüchtlinge eingerichteten KundenCentern dar.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigten die Konjunktur in Deutschland. Vor allem profitierte der Konsum nach dem Verfall des Ölpreises vom starken Kaufkraftzuwachs sowie der guten Arbeitsmarktlage. Der schwache Euro half im internationalen Wettbewerb. Außerdem glich die stabilere Nachfrage im Euroraum und den USA die Importschwäche Chinas aus, so dass der Außenhandel einen kleinen Beitrag zum Wachstum leistete. Demgegenüber wurden die Bauinvestitionen trotz des sehr günstigen Zinsumfelds nur geringfügig ausgeweitet.

Die Berliner Wirtschaft hat den Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt auch im ersten Halbjahr bestätigen können. Die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts betrug in diesem Zeitraum 1,7 % und lag damit 0,3 Prozentpunkte über dem Wert für das Bundesgebiet (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Im zweiten Halbjahr sollte sich eine weitere Beschleunigung ergeben haben. Die Konjunkturlage in der Hauptstadt bleibt vom Zuwachs der Beschäftigtenzahlen, hohen Steigerungsraten im Tourismus und einer lebhaften Bautätigkeit geprägt, wobei gemessen an der steigenden Einwohnerzahl Berlins nach wie vor zu wenig neue Wohnungen errichtet werden.

Die Inflation blieb im Jahresdurchschnitt sehr gering. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten verlangsamte sich bundesweit auf 0,3 %, nachdem er in 2014 noch 0,9 % betragen hatte. Der Arbeitsmarkt verzeichnete über das Jahr eine anhaltend positive Entwicklung. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich zum Dezember auf 6,3 %. Im Geschäftsgebiet lag der Wert mit 10,5 % weiterhin deutlich darüber.

Die geldpolitischen Entscheidungen der EZB blieben ein weiteres Jahr im Krisenmodus verhaftet. Ab dem Frühjahr wurde die Niedrigzinspolitik um ein Kaufprogramm für staatliche Anleihen erweitert.

In diesem schwierigen Marktumfeld gehörte die LBB/BSK unverändert zu den führenden Marktteilnehmern in Berlin. Darüber hinaus war die LBB mit 3,0 Mio. ausgegebenen Kreditkarten weiterhin größter Emittent von kostenpflichtigen Kreditkarten in Deutschland. Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen im Berichtsjahr – insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die ökonomische Entwicklung unserer Kernregion – wirkten sich auch in der Geschäftsentwicklung und Ertragslage unserer Sparkasse aus.

2. Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf der LBB/BSK im Jahr 2015 war deutlich besser als zu Jahresbeginn erwartet. Hinsichtlich der Prognose für die Ergebnisabführung (-82 Mio. €) war zu berücksichtigen, dass in Folge der Umhängung der Berlin Hyp unter die LBBH keine Gewinnabführung mehr erfolgt und die Bedienung der Stillen Einlage nach ihrer Rückzahlung Ende 2014 entfällt.

Anstatt des prognostizierten Fehlbeitrags im Zuge des laufenden Umbaus konnte trotz anhaltender Niedrigzinsphase und zusätzlichen Aufwendungen für die verschärften regulatorischen Anforderungen ein geringer Gewinn an das Mutterunternehmen LBBH abgeführt werden. Das operative Kundengeschäft entwickelte sich weiterhin positiv. Die Berliner Sparkasse konnte ihre Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Bankenmarkt weiter ausbauen.

| Leistungsindikatoren | IST | Prognose 2015 | | IST |
|---|------------|--------------------------|--------------------------|------------|
| | 31.12.2015 | 30.06.2015 ²⁾ | 31.12.2014 ²⁾ | 31.12.2014 |
| Ergebnisabführung an LBB Holding (Mio. €) | 12 | besser als -82 | besser als -82 | 0 |
| Verwaltungsaufwand (Mio. €) | 890 | > 837 | < 837 | 799 |
| Mitarbeiterkapazitäten | 3.322 | 3.300 | 3.210 | 3.551 |
| Harte Kernkapitalquote in % | 17,3 % | 15,1 % | 15,1 % | 15,9 % |
| Bilanzsumme (Mio. €) | 47.478 | < 50.000 | < 57.000 | 57.421 |
| Forderungen an Kunden (Mio. €) | 16.724 | 17.580 | 17.580 | 18.222 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Mio. €) | 26.680 | 25.040 | 25.040 | 27.110 |
| Cost-Income-Ratio in % ¹⁾ | 88,6 % | - | - | 80,7 % |
| Eigenkapitalrentabilität in % ¹⁾ | 0,6 % | - | - | 0,0 % |

1) erst ab Jahresende 2015, somit gab es für 2015 noch keine Prognosewerte.

2) in der Berichterstattung zum jeweiligen Stichtag.

Die LBB/BSK konnte im Berichtsjahr ein Ergebnis in Höhe von 12 Mio. € an die LBBH abführen. Dieses lag deutlich über unserer Prognose. Ursächlich für die positive Abweichung waren in erster Linie Einmalerträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und Erträge aus Immobilien- und Beteiligungsverkäufen. Diese Sachverhalte, die sich per Saldo positiv auf den Prognosewert ausgewirkt hätten, waren dem Grunde nach bekannt, der Höhe nach aber unterjährig noch nicht bezifferbar. Vor diesem Hintergrund wurde die Prognose per 30.06.2015 mit besser als -82 Mio. € beibehalten. Hinzu kamen

Planüberschreitungen im Zinsergebnis und im Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie geringere Aufwendungen für Risikovorsorge und Bankengabgabe. Die höheren Verwaltungsaufwendungen wurden hierbei überkompensiert.

Der Verwaltungsaufwand betrug 890 Mio. € und lag damit um 53 Mio. € über dem Prognosewert. Die Überschreitung war überwiegend auf sich bereits im Frühjahr abzeichnende zinsbedingt höhere als erwartete Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (57 Mio. €) zurückzuführen.

Der umbaubedingte Stellenabbau kam im Berichtsjahr gut voran. Dennoch konnte der erwartete Stand der Mitarbeiterkapazitäten von 3.210 nicht erreicht werden. Auch die im Sommer 2015 auf den Wert von 3.300 angepasste Prognose wurde leicht verfehlt. Hintergrund war, dass die in nennenswertem Umfang geschlossenen Vereinbarungen mit Mitarbeitern über Austritte auf Basis eines Sozialplans und Interessenausgleichs stärker als erwartet erst zeitversetzt wirkten.

Die harte Kernkapitalquote zum Jahresende 2015 lag bei 17,3 %. Damit wurde der Planwert von 15,1 % deutlich übertroffen. Neben verminderten Positionen im Adressenausfallrisiko wegen der Übertragung von Darlehen an die Berlin Hyp und der Reduzierung der Positionen im Treasury wirkte sich insbesondere der bereits in 2015 erfolgte Transfer von Zertifikaten des Handelsbestandes an die DekaBank aus, der ursprünglich erst für den Jahresbeginn 2016 geplant gewesen war und der zu einer deutlichen Reduktion des Marktpreisrisikos führte.

Die Kapitalunterlegung für das operationelle Risiko lag ebenfalls unter der Erwartung.

Durch fortgesetzten aktiven Abbau von nicht mehr strategiekonformen Beständen insbesondere im Treasury konnte die Bilanzsumme um 9,9 Mrd. € auf 47,5 Mrd. € weiter verringert werden. Damit wurde der ursprünglich erwartete und im Sommer 2015 nochmals reduzierte Prognosewert von unter 50,0 Mrd. € erreicht. Der Bestandsabbau erfolgte insbesondere im Handelsbestand sowie im Wertpapier- und Interbankengeschäft. Die Bestände im Kundengeschäft waren nur leicht rückläufig.

Hauptsächlich durch Rückführung nicht mehr strategiekonformer Kommunal-kreditgeschäfte sowie von Geldhandelspositionen reduzierte sich das Volumen der Forderungen an Kunden 2015 stärker als erwartet. Die LBB/BSK vermittelte in 2015 an die S-Kreditpartner GmbH Konsumentenkredite in Höhe von 375 Mio. € (Vorjahr: 353 Mio. €).

| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Produkten | 31.12.2015 | 31.12.2014 | Veränderung | |
|--|---------------|---------------|-------------|-------------|
| | | | absolut | in % |
| in Mio. € | | | | |
| Sichteinlagen/Tagesgelder | 17.437 | 15.385 | 2.052 | 13,3 |
| Termineinlagen | 3.208 | 4.967 | -1.759 | -35,4 |
| Spareinlagen | 5.432 | 5.544 | -112 | -2,0 |
| Namenspfandbriefe | 468 | 486 | -18 | -3,7 |
| Schuldscheindarlehen | 135 | 728 | -593 | -81,5 |
| Gesamt | 26.680 | 27.110 | -430 | -1,6 |

Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden im Geschäftsjahr leicht abgebaut. Insbesondere im institutionellen Geschäft wurden Bestände reduziert. Dem standen Volumenssteigerungen im

kurzfristigen Bereich bei Sichteinlagen und Tagesgeldkonten gegenüber, die zu einem deutlich über unseren Erwartungen von etwa 25 Mrd. € liegenden Bestand führten.

3. Ertragslage

| Ergebnis | | | Veränderung | |
|--|------------|------------|-------------|--------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | absolut | in % |
| in Mio. € | | | | |
| Zinsüberschuss | 733 | 828 | -95 | -11,5 |
| Provisionsüberschuss | 244 | 256 | -12 | -4,7 |
| Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands | 12 | -8 | 20 | >100,0 |
| Verwaltungsaufwendungen | 890 | 799 | 91 | 11,4 |
| Personalaufwand | 382 | 336 | 46 | 13,7 |
| Andere Verwaltungsaufwendungen | 478 | 428 | 50 | 11,6 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | 30 | 35 | -5 | -14,4 |
| Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge | 16 | -86 | 102 | >100,0 |
| Betriebsergebnis vor Risikovorsorge | 115 | 191 | -76 | -39,8 |
| Risikovorsorge | 77 | 148 | -71 | -48,1 |
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto) | 77 | 152 | -75 | -49,3 |
| Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve („-“, = Ertrag) | 0 | -4 | 4 | >100,0 |
| Betriebsergebnis | 38 | 43 | -5 | -11,6 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 4 | 27 | -23 | -86,5 |
| Aufwand aus Bankenabgabe | 17 | 1 | 16 | >100,0 |
| Saldo der übrigen Positionen | -13 | -13 | 0 | 0,0 |
| Ergebnis vor Steuern | 12 | 56 | -44 | -78,6 |
| Ertragsteuern | 0 | 9 | -9 | -100,0 |
| Ergebnis nach Steuern | 12 | 47 | -35 | -74,5 |
| Auffüllung Stille Einlage | 0 | 47 | -47 | -100,0 |
| Ergebnisabführung | 12 | 0 | 12 | - |
| Jahresüberschuss | 0 | 0 | 0 | - |

Das **Ergebnis nach Steuern** war trotz fortdauernder Niedrigzinsphase und anhaltender umbaubedingter Belastungen entgegen der Erwartung zum Jahresbeginn deutlich besser. Ursächlich für die positive Abweichung waren laufende Erfolge aus dem Bankgeschäft und operative Erfolge mit einmaligem Charakter. Im Vorjahr konnte ein um 35 Mio. € besseres Ergebnis erreicht werden, insbesondere aufgrund eines

höheren Zinsergebnisses. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gewinnabführung aus der Berlin Hyp (68 Mio. €) letztmalig im Zinsüberschuss 2014 der LBB/BSK enthalten war. Ein geringeres Ergebnis aus Finanzanlagen, zinsbedingt höhere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen sowie die Bankenabgabe belasteten im Vorjahresvergleich zusätzlich.

Das Ergebnis nach Steuern wurde in Anwendung des Ergebnisabführungsvertrags an die LBBH abgeführt. Im Vorjahr war das Ergebnis zur Wiederauffüllung der Stillen Einlage genutzt worden, welche zum Jahresende 2014 vollständig zurückgezahlt wurde. Eine Verzinsung der Stillen Einlage erfolgte im Vorjahr nicht.

Im Folgenden werden die einzelnen **Ergebniskomponenten** dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 733 Mio. € um 12 % unter dem Vorjahreswert von 828 Mio. €. Ursächlich für den Rückgang waren vor allem geringere Erträge aus Ergebnisübernahmen als Folge der Übertragung der Berlin Hyp und weiterer Tochterunternehmen an die LBBH sowie der fortgeführten Abbau nicht strategiekonformer Bestände und die Niedrigzinsphase.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 244 Mio. € um 12 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang resultierte fast ausschließlich aus einem verringerten Überschuss im Geschäft mit Kreditkarten. Etwa zwei Drittel des Überschusses entfielen auf Provisionen aus Zahlungsverkehr/Kontoführung und aus dem Kreditkartengeschäft.

Der **Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands** in Höhe von 12 Mio. € war vor allem durch ein positives Deviseergebnis geprägt. Die entsprechenden Positionen wurden im Wesentlichen zur Jahresmitte 2015 geschlossen. Im Vergleich zum Vorjahreswert (-8 Mio. €) machte sich zudem der Abbau des Zertifikatebestands, der in der Vergangenheit zu einer strukturellen Belastung im Nettoergebnis zu Gunsten des Zinsüberschusses geführt hatte, positiv bemerkbar.

Der **Verwaltungsaufwand** stieg deutlich um 11 % auf 890 Mio. € (Vorjahr: 799 Mio. €). Der Anstieg war überwiegend auf zinsbedingt höhere Zuführungen (57 Mio. €) zu Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Dabei wirkten sich diese Zuführungen nicht nur direkt im Personalaufwand aus, sondern auch indirekt auf die Aufwendungen aus der Konzernleistungsverrechnung mit der S-Servicepartner, welche unter den anderen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen wurden. Die **Personalaufwendungen** erhöhten sich um 46 Mio. € auf 382 Mio. €. Entlastenden Effekten wie der Reduktion der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten um 270 standen zinsbedingt höhere Aufwendungen für die Altersversorgung gegenüber. In den **anderen Verwaltungsaufwendungen** in Höhe von 478 Mio. € (Vorjahr: 428 Mio. €) wirkten sich neben dem zinsbedingten Zuwachs (höhere Verrechnungen mit der S-Servicepartner für Pensionsrückstellungen) auch weitere regulatorische Anforderungen in Form der DSGVO-Sicherungsreserve und planmäßig höhere Aufwendungen für das Kartengeschäft aus. Anpassungen bei den Leistungsbeziehungen zur S-Servicepartner sowie die erstmaligen Abrechnungseffekte im Rahmen der Operationalisierung der LBBH führten zu einem erhöhten Aufwand bei den Konzernleistungsverrechnungen. Dem standen gegenläufige Erträge im sonstigen betrieblichen Ergebnis gegenüber.

Der **Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** war im Berichtsjahr durch positive Sondereffekte aus der Auflösung von nicht mehr erforderlichen Rückstellungen und aus einem Immobilienverkauf geprägt. Er erreichte in der Folge den positiven Wert von 16 Mio. €, nachdem der Saldo 2014 noch -86 Mio. € betragen hatte und dabei wesentlich durch erhebliche Vorsorgen für Rechtsrisiken verursacht war.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wies einen Nettoaufwand von 77 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (152 Mio. €) entsprach dies trotz gleichbleibend vorsichtiger Bewertung einem Rückgang um 75 Mio. €. Dabei wurden auch Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 65 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €) angemessen berücksichtigt. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 137 Mio. € (Vorjahr: 223 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 60 Mio. € (Vorjahr: 71 Mio. €) gegenüber.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 4 Mio. € war einerseits durch Erfolge aus der Veräußerung nicht mehr strategischer Beteiligungen und andererseits durch Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere österreichischer Emittenten geprägt.

Im Vorjahr hatten vor allem umfangreiche Gewinnrealisierungen im Zuge des Bestandsabbaus im Treasury sowie Wertaufholungen aufgrund der Einengung fremder Credit Spreads ein deutlich besseres Ergebnis ermöglicht. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens erhöhte sich im Berichtsjahr um 15 Mio. € auf 40 Mio. €.

Die in 2015 erstmals nach den europäischen Regeln erhobene **Bankenabgabe** lag mit 17 Mio. € deutlich höher als im Vorjahr (1 Mio. €).

Im **Saldo der übrigen Positionen** war wie im Vorjahr ausschließlich die über 15 Jahre zu verteilende Zuführung zu Pensionsrückstellungen aufgrund der veränderten Ermittlungsmethode des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) enthalten.

Der Aufwand aus **Ertragsteuern** im Vorjahr resultierte ausschließlich aus ausländischen Steuern in Luxemburg und steht im Zusammenhang mit der Verschmelzung der LBB International S.A. auf die Niederlassung Luxemburg und deren Schließung zum 30. Juni 2014. Inländische Ertragsteuern fallen aufgrund der Organschaft zur LBBH nicht an.

4. Vermögenslage

| Aktiva | | | Veränderung | |
|---|---------------|---------------|---------------|--------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | absolut | in % |
| in Mio. € | | | | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 14.724 | 16.852 | -2.128 | -12,6 |
| Forderungen an Kunden | 16.724 | 18.222 | -1.498 | -8,2 |
| Schuldverschreibungen | 12.545 | 17.781 | -5.236 | -29,5 |
| Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere | 262 | 265 | -3 | -1,1 |
| Handelsbestand | 1.033 | 1.939 | -906 | -46,7 |
| Beteiligungen/Anteile an verb. Unternehmen | 388 | 412 | -24 | -5,8 |
| Sachanlagen | 86 | 88 | -2 | -2,3 |
| Übrige Aktiva | 1.716 | 1.862 | -146 | -7,8 |
| Summe Aktiva | 47.478 | 57.421 | -9.943 | -17,3 |

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2015 um 9,9 Mrd. € rückläufig. Im Wesentlichen war dies auf nicht ersetzte Fälligkeiten und Verkäufe im Rahmen des laufenden Abbaus nicht mehr strategiekonformer Bestände zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 14,7 Mrd. € um 12,6 % unter dem Vorjahresniveau von 16,9 Mrd. €. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Verringerung von Geldmarktgeschäften wie Termingeldern und Reverse Repos am Interbankenmarkt.

Insbesondere durch Rückführung der Kommalkredite reduzierten sich die **Forderungen an Kunden** gegenüber dem Vorjahresstichtag um 1,5 Mrd. € beziehungsweise 8,2 % und beliefen sich auf 16,7 Mrd. €.

Der Bestand der **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** ging um 5,2 Mrd. € auf 12,5 Mrd. € (Vorjahr: 17,8 Mrd. €) zurück. Auch für diese Verringerung war der strategiekonforme Abbau von Risikopositionen ausschlaggebend, wobei insbesondere Fälligkeiten nur in geringerem Umfang durch Neugeschäft ersetzt wurden. Eigene Schuldverschreibungen waren zum Bilanzstichtag nicht mehr im Bestand.

In der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** waren überwiegend Anteile an Investmentfonds aus der Eigenanlage enthalten.

Der Bilanzposten **Handelsbestand** enthielt zum Bilanzstichtag im Wesentlichen positive Marktwerte aus Derivaten, Schuldverschreibungen und Aktien. Insbesondere die Übertragung passiver Zertifikatepositionen einschließlich aktivischer Sicherungsgeschäfte an die DekaBank führte zur deutlichen Reduktion der Position um 0,9 Mrd. € auf 1,0 Mrd. €.

Der Rückgang bei **Beteiligungen/Anteilen an verbundenen Unternehmen** resultierte überwiegend aus dem Verkauf der B+S Card Service GmbH innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und einer Abschreibung auf die LBS Nord.

Der Posten **Übrige Aktiva** in Höhe von 1,7 Mrd. € lag unter dem Vorjahresniveau (1,9 Mrd. €) und enthielt im Wesentlichen die Barreserve und Forderungen aus der Besicherung von Bankbuchderivaten.

| Passiva | | | Veränderung | |
|--|---------------|---------------|---------------|--------------|
| | in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 | absolut |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.931 | 9.694 | -763 | -7,9 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 26.680 | 27.110 | -430 | -1,6 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 5.878 | 11.396 | -5.518 | -48,4 |
| Handelsbestand | 550 | 3.643 | -3.093 | -84,9 |
| Rückstellungen | 1.454 | 1.420 | 34 | 2,4 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 832 | 819 | 13 | 1,6 |
| Eigenkapital | 2.161 | 2.161 | 0 | 0,0 |
| Grundkapital | 1.200 | 1.200 | 0 | 0,0 |
| Stille Einlagen | 0 | 0 | 0 | 0,0 |
| Rücklagen | 961 | 961 | 0 | 0,0 |
| Übrige Passiva | 992 | 1.178 | -186 | -15,8 |
| Summe Passiva | 47.478 | 57.421 | -9.943 | -17,3 |

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** im Vergleich zum Vorjahr betrug 0,8 Mrd. € und war hauptsächlich auf verminderte Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag leicht um 0,4 Mrd. € auf 26,7 Mrd. €. Hiervon waren insbesondere Schuldscheindarlehen und Termingelder betroffen, während täglich fällige Verbindlichkeiten deutlich anstiegen. Der Bestand der Spareinlagen in Höhe von 5,4 Mrd. € war ebenfalls leicht rückläufig (-0,1 Mrd. €).

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich deutlich um 5,5 Mrd. € auf 5,9 Mrd. €. Dabei wurden Fälligkeiten nur in geringem Umfang durch Neuemissionen ersetzt. Im Zusammenhang mit der Übertragung von Zertifikaten an die DekaBank sind im Berichtsjahr Schuldverschreibungen in Höhe von 1,6 Mrd. € ausgegeben worden.

Im **Handelsbestand** wurden zum Bilanzstichtag im Wesentlichen negative Marktwerte aus Derivaten und begebenen Schuldverschreibungen des Handelsbestands ausgewiesen. Vor allem die Übertragung von Zertifikaten auf die DekaBank führte zur Reduktion des Bestands auf noch 0,5 Mrd. €.

Der Anstieg des Bestands an **Rückstellungen** um 2,4 % auf 1,5 Mrd. € war im Wesentlichen auf Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (Bestandsveränderung + 117,7 Mio. €) zurückzuführen. Die Pensionsrückstellungen betragen zum Jahresende 0,9 Mrd. €.

Das **Eigenkapital** der LBB/BSK war zum Bilanzstichtag mit 2,2 Mrd. € gegenüber dem Wert am Vorjahresstichtag unverändert. Ein Bilanzgewinn oder -verlust entstand aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der LBBH nicht. Angaben zur Zusammensetzung des Eigenkapitals können dem Anhang entnommen werden.

5. Finanzlage

Die für Banken und Sparkassen relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den in § 11 KWG festgelegten Grundsätzen, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (BA) („MaRisk“ gemäß Rundschreiben 10/2012 (BA) der BaFin) sowie zunehmend auf den Regelungen der CRR (Teil VI, Artikel 411 bis 428). Das Liquiditätsmanagement erfolgt durch den Bereich Treasury. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennziffer lag ganzjährig deutlich oberhalb der Mindestgröße von 1,0 und betrug per 31. Dezember 2015 1,61. Die nach CRR seit 1. Oktober 2015 einzuhaltende Liquidity Coverage Ratio (LCR) lag in diesem Zeitraum stets oberhalb der erforderlichen Mindestgröße von 60 %; per 31. Dezember 2015 betrug sie 131 %. Die finale Kalibrierung der Net Stable Funding Ratio gemäß CRR wird für Ende 2016 erwartet.

Die LBB/BSK betreibt eine vorausschauende Liquiditätsplanung und unterhält eine Liquiditätsreserve zur Sicherstellung der täglichen Zahlungsbereitschaft. Sie nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Für Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB werden dort entsprechende Sicherheiten unterhalten, um diese dispositionsbedingt nutzen zu können. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften werden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Berlin und Brandenburg, unterhalten.

Weitere und detailliertere Ausführungen zur Liquiditätslage werden im Risikobericht getroffen.

Das bilanzielle Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2015 2,2 Mrd. € und lag damit bei 4,6 % der Bilanzsumme. Es beinhaltete das Grundkapital (1,2 Mrd. €) und die Rücklagen (1,0 Mrd. €).

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31. Dezember 2015 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.883 Mio. € (Vorjahresstichtag: 2.940 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote für die LBB/BSK von 23,0 % (Vorjahr: 22,1 %). Das harte Kernkapital betrug zum 31. Dezember 2015 nach Feststellung des Jahresabschlusses 2.138 Mio. €. In Relation zu den Risikopositionen errechnet sich eine harte Kernkapitalquote von 17,3 % (Vorjahresstichtag: 15,9 %).

6. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterkapazitäten lagen bei der LBB/BSK mit 3.322 (Vorjahr: 3.551) ca. 6,4 % unter Vorjahresniveau. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl resultierte im Wesentlichen aus den Personalanpassungen im Zusammenhang mit dem Umbau zur Berliner Sparkasse.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag unverändert bei rund 60 % der Gesamtbelegschaft. Zum Stichtag arbeiteten 944 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit, was einer Quote von etwa 25 % der Gesamtbelegschaft entspricht.

Unter den Beschäftigten waren am Jahresende 220 Auszubildende und Trainees. Damit lag die Ausbildungsquote bei 5,7 %. Die LBB/BSK ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Im Geschäftsjahr begannen 97 junge Leute eine Ausbildung in unserem Hause. Aufgrund des demographischen Wandels in der Gesell-

schaft und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Altersstruktur hat die LBB/BSK weiterhin ein großes Interesse, Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Die Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung, wie zum Beispiel die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten, haben wir 2015 fortgeführt. Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurde 2015 erneut ein sogenanntes Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB/BSK wurde kontinuierlich ausgebaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten zudem auch im Berichtsjahr die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

7. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist seit langem Personalpolitik der Berliner Sparkasse. Damit einher geht die Festlegung von Zielgrößen nach dem 2015 in Kraft getretenen „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ (Bundesteilhabegesetz).

Für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand hat der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG Zielgrößen festgelegt. Demnach soll der zum 30.09.2015 bestehende Frauenanteil im Aufsichtsrat von 20 % bis zum 30.06.2017 mindestens gewahrt oder wenn möglich erhöht werden. Sowohl bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten als auch bei den Wahlvorschlägen achtet der Aufsichtsrat auf einen angemessenen Anteil von Frauen.

Dieselbe Zielsetzung wurde auch für den Vorstand getroffen. Seit dem Ausscheiden von Herrn Serge Demolière aus dem Vorstand und der Verringerung der Mitgliederanzahl des Vorstands ab dem 01.11.2015 beträgt der Frauenanteil 25 %.

Für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands wurden durch den Vorstand gemäß § 76

Abs. 4 AktG Zielgrößen festgelegt. Zum 30.06.2017 soll der Frauenanteil wie bisher in der zweiten Führungsebene mindestens 13 % und in der dritten Führungsebene mindestens 30 % betragen.

Der Vorstand stellt die erste Führungsebene in der LBB/BSK dar. Darunter bilden die Bereichsleitungen die zweite und die Abteilungsleitungen die dritte Führungsebene.

8. Gesamtaussage

Trotz des laufenden Umbaus der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse und des anhaltenden Niedrigzinsumfelds konnte im Jahr 2015 eine gute Geschäftsentwicklung verzeichnet werden. Die LBB/BSK agierte in den Kundengeschäften erfolgreich und baute insgesamt die Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Markt weiter aus. Das deutlich über den Erwartungen liegende Ergebnis nach Steuern von 12 Mio. € ermöglichte eine Gewinnabführung an die LBBH.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands beruhte überwiegend auf der Anpassung des Pensionszinses sowie unter anderem auf zusätzlichen regulatori-

schen Anforderungen. Das mit dem Umbau einhergehende Kostensenkungsprogramm führte ansonsten zu verringerten Verwaltungsaufwendungen. Der Personalabbau liegt hinsichtlich der individuell mit Mitarbeitern vereinbarten Maßnahmen im Plan. Der Personalbestand zum Jahresende konnte gegenüber dem Vorjahr um 229 Mitarbeiterkapazitäten gesenkt werden.

Aufgrund der günstigen Entwicklung der Realwirtschaft war im Vorjahresvergleich eine geringere neue Risikovorsorge zu bilden, wobei weiterhin allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wie auch Rechtsrisiken angemessen Rechnung getragen wurde.

C. Nachtragsbericht

Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2016 vorgeschlagen, künftig bei der Abzinsung von Pensionsrückstellungen anstelle eines durchschnittlichen Zinssatzes von 7 Jahren einen 10-jährigen Durchschnittzinssatz vorzuschreiben. Die Regelung soll für künftige Geschäftsjahre gelten. Wahlweise soll aber auch eine rückwirkende Anwendung möglich sein. Da momentan der 10-jährige Durchschnittssatz über dem bisher anzuwendenden Zinssatz liegt, ergibt sich hieraus in 2016 zunächst eine deutliche Entlastung für die LBB/BSK. Nach dem Vorschlag unterliegt der sich ergebende Gewinn aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen einer Ausschüttungssperre. Die Differenz ist dauerhaft laufend zu erheben und im Anhang anzugeben. Das Wahlrecht einer rückwirkenden Anwendung wird nicht in Anspruch genommen. In der Prognose für 2016 ist diese Änderung angesichts der ausstehenden Beschlussfassung noch nicht berücksichtigt.

Die LBB/BSK hat für im Bestand befindliche vorrangige Schuldtitel der österreichischen Heta Asset Resolution eine Risikovorsorge gebildet. Am 21. Januar 2016 wurde ein Angebot zum Rückkauf von Forderungen öffentlich unterbreitet. Inhalt des Angebotes ist u. a. ein Ankauf vorrangiger Schuldtitel zu 75 % des Nominalwertes, sofern mind. 2/3 der gesamten Forderungen und jeweils mind. 25 % der vor- und nachrangigen Forderungsklassen bis zum 11. März 2016 zustimmen. Gemäß unserer Einschätzung ist derzeit nicht von einer ausreichenden Zustimmung im Gläubigerkreis auszugehen, da bereits wesentliche Gläubiger ihre Ablehnung signalisiert haben und unverändert eine vollständige Rückzahlung fordern. Insofern sehen wir keinen Bedarf, zum Stichtag 31. Dezember 2015 die bestehende Risikovorsorge anzupassen.

D. Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Für die LBB/BSK umfasste die Rechnungslegung im Geschäftsjahr 2015, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung des Jahresabschlusses und eines Halbjahresfinanzberichts sowie von dazugehörigen Lageberichten. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung oblag dem Bereich Finanzen der LBB/BSK. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und werden im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung regelmäßig kontrolliert.

Bei den Aufgaben der Rechnungslegung und deren Kontrollen wird der IDW PS 261 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Die Maßnahmen des rechnungslegungsbezogenen internen Risikomanagementsystems (RMS) zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung von Risiken gewährleisten die rechnungslegungskonforme Erstellung von Jahresabschlüssen sowie von Lageberichten.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren. Aktiva und Passiva sollen im Abschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden. Erfolge sind sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS steht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2015 nach dem Geschäftsverteilungsplan unverändert dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente stützt sich der Bereich Finanzen auf entsprechende Kursangaben aus dem Bereich Risikocontrolling. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt im Bereich Kredit und Risikobetreuung und wird für die Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von Jahresabschlüssen, Lageberichten sowie für Steuerbilanzen gemacht.

Die LBB/BSK hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen und Lageberichten, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB/BSK ist SAP ECC, Modul FI. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden dabei Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, werden die betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie die relevanten Kontrollen evaluiert und überarbeitet. Eine Überprüfung dieser Prozesse und der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgt auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die Interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und nimmt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Organisations- und Produktivitätsmanagement Prüfungen vor. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

E. Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem basiert auf dem Rahmenkonzept der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) unter der zusätzlichen Berücksichtigung der sich aus der Beaufsichtigung durch die EZB ergebenden Spezifika.

Die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt. Sie ist auch auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Die LBB/BSK ist als Tochter der LBBH in die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Gruppe) eingebunden. Es existieren gruppeneinheitliche risikopolitische Grundsätze und ein gruppenweites Risikomanagementsystem. Auch die Methoden zur Risikomessung sind gruppenweit einheitlich. Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel aller Vorgaben – unter Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner zu sein. Die Eigentümer der LBB/BSK sollen die Bank als attraktives und potenzialreiches Investment erachten. Gegenüber der Öffentlichkeit steht die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse gemäß dem Berliner Sparkassengesetz im Vordergrund.

Als übergeordnete Regelung schafft die Geschäftsstrategie die strategischen Rahmenbedingungen. Sie legt fest,

dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Die risikopolitischen Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz der LBB/BSK nicht gefährden und dass diese jederzeit kontrolliert werden können.

Die LBB/BSK und ihre organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der gruppeneinheitlichen Methodik messbar sind.

Die Risikostrategie der Gruppe legt die Rahmenbedingungen fest. Sie wird für die LBB/BSK in einer eigenen Risikostrategie detailliert und liegt in der Verantwortung des Vorstands. Dabei erfolgt unter anderem die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen trägt die LBB/BSK Rechnung, in dem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder zukünftig als ertragreich erachteten Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidender Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Kontrolle, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für die Gruppe als auch für die LBB/BSK gilt, definiert detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements. Die verwendeten Methoden beziehen sich auf die Risikomessung. In dem Handbuch sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die Risikoinventur stellt als eigenständige Handlung regelmäßig das Gesamtrisikoprofil fest. Dabei wird mit Unterstützung einer Vielzahl von festgelegten Prozessen wie zum Beispiel der Mittelfristplanung und Aktualisierung des Sanierungsplans untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die Interne Revision beurteilen die Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung regelmäßig das Risikomanagementsystem.

Im Jahr 2015 wurde das Risikomanagement der LBB/BSK unverändert durch

die allgemeinen Vorgaben der Gruppe bestimmt. Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Risikohandbuch der Gruppe definieren den Rahmen der Geschäftsaktivitäten sowie die Risikomessmethoden. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der LBB/BSK hat der Vorstand der LBB/BSK beschlossen, die Vorgaben der Gruppe auch für die LBB/BSK anzuwenden. Die Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der operationellen Risiken, des Liquiditäts- und des Gesamtbankrisikos sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen der LBB/BSK werden seit Anfang 2015 in Geschäftsbesorgung durch das Risikocontrolling der übergeordneten Landesbank Berlin Holding vorgenommen.

Aktuelle Entwicklungen

Die LBB/BSK als Institut in der Gruppe wurde aufsichtsrechtlich als bedeutend eingestuft und untersteht der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Mit der Umstellung der Gruppenstruktur zum Jahresbeginn 2015 war insbesondere die Abgabe der Funktion des aufsichtsrechtlich übergeordneten Institutes in der Gruppe an die LBBH verbunden. Es erfolgte ein Betriebsübergang von einschlägig befassen Mitarbeitern der Bereiche Revision, Finanzen und Risikocontrolling zur LBBH. Das Risikocontrolling der LBB/BSK ist in der LBB/BSK angesiedelt. Sowohl das Kreditrisiko- als auch das Marktpreisrisikocontrolling werden weiterhin in der LBB/BSK ausgeführt. Das Meldewesen und die Gesamtbanksteuerung wurden über Geschäftsbesorgungsverträge an die LBBH ausgelagert.

Für die veränderte Zusammenarbeit in der Gruppe und zur Sicherstellung des einheitlichen Risikomanagements wurde das System von Komitees innerhalb der Gruppe angepasst und insbesondere das Risikomanagementkomitee neu geschaffen.

Die LBB/BSK hat beschlossen, künftig keinerlei Handelsbuchgeschäft im Sinne der CRR mehr zu betreiben und sich ab Jahresbeginn 2016 als Nichthandelsbuchinstitut aufzustellen. Für noch bestehende Restpositionen des Handelsbuches soll die Handelsabsicht aufgegeben und diese Positionen in das Anlagebuch umgewidmet werden. Die Bestandspositionen des ehemaligen kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts in Form von Zertifikatemissionen und zugehörigen Sicherungsgeschäften wurde im Laufe des zweiten Halbjahres 2015 nahezu vollständig an die DekaBank übertragen. Diese Übertragung erfolgte liquiditätsneutral und gegen Übernahme der gemäß Emissionsbedingungen vorgesehenen Ausfallgarantie. Im Ergebnis dieser Übertragung bestehen die zum Jahreswechsel noch vorhandenen Restpositionen des Handelsbuches mit nur unwesentlichen Ausnahmen aus einfachen Zinsderivaten. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 2015 auch die Rückgabe der Zulassung des Internen Marktrisikomodells für die Verwendung für Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung nach Säule 1 beantragt. Unabhängig davon wird dieses Modell auch künftig unverändert für die Marktrisikomessung in den Anlagebüchern eingesetzt.

1.1. Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Vorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird über den monatlichen Risiko Report durch den Bereich Risikocontrolling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Vorstand.

Zur Steuerung und Überwachung der Risikolage wurden die nachfolgend genannten Gremien eingerichtet:

- Der **Dispositionsausschuss** steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Im **Risikomanagement-Komitee** werden auf Gruppenebene Risiko- und Kapitalstrategie, Kapital- und Risikoallokation (Risikotragfähigkeit, Limit-Systeme), Risikomessmethoden und ihre Validierung, die Einschätzung der aktuellen Risikosituation, der Sanierungsplan und zu steuernde Meldewesen-Themen behandelt. Empfehlungen werden an die Entscheidungsträger beziehungsweise entsprechenden Gremien der LBB/BSK ausgesprochen.
- Im **Kreditrisiko-Komitee** erfolgen Diskussion und Abstimmung über die Risikostrategie sowie über konzeptionelle Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das **Neu-Produkt-Komitee** koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.

- Das **OpRisk-Komitee** ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige Risikoüberwachungseinheit für alle Risikoarten. Der Bereich bestimmt die anzuwendenden Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken und ist für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich. Der Bereich übernimmt das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand oder die Marktpreisrisikosteuerung unter Einhaltung der verbindlichen Vorgaben des Dispositionsausschusses durch das Treasury. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, während für die Liquiditätsrisiken der Bereich Treasury zuständig ist.

1.2. Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem Monatlichen Risiko Report (MRR) erfolgt das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des MRRs, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands bezie-

hungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB/BSK laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des Internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. So wird im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert die LBB/BSK die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand der LBB/BSK als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken (kurzfristig und Refinanzierungsrisiko),
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken) und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko, das Immobilienrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko zum Refinanzierungsrisiko werden aufgrund ihrer nur geringen Bedeutung nicht als wesentliche Risikoarten im Sinne der MaRisk geführt. Diese Entscheidung wurde durch die Risikoinventur 2015 bestätigt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (Internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko und das Refinanzierungsrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos werden den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Refinanzierungskostenrisiko zum Refinanzierungsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Werden bei den Risikotragfähigkeitsbetrachtungen wesentliche Risiken, das heißt potenzielle, noch nicht berücksichtigte Vermögenswertverluste erkannt, werden diese Risiken unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken erfolgt auf Einzelinstitutsebene. Das bisher bestehende Patronat für die Berlin Hyp wurde zum 31. Dezember 2014 beendet. Ein Risiko aus der Inanspruchnahme aus diesem Altpatronat wird derzeit nicht gesehen. Der Sachverhalt wird regelmäßig überwacht.

Das Interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft

und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der gegebenenfalls skalierten Einzelrisiken ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Das Risikomanagement der Deckungsregister ist in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem der LBB/BSK für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsregister wird täglich überwacht und im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports dem Vorstand dargestellt.

2. Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und die LBB/BSK jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Die Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Einzelinstitutsebene für die LBB/BSK erfolgt analog zum Vorgehen auf Gruppenebene. Das Gesamtrisiko wird dabei der Risikodeckungsmasse für die LBB/BSK gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit der LBB/BSK war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.196 Mio. € (2014: 945 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 2.932 Mio. € (2014: 2.229 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31. Dezember 2015 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.833 Mio. € (Vorjahresstichtag: 2.940 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote der LBB/BSK von 23,0 % (Vorjahr: 22,1 %) und eine harte Kernkapitalquote der LBB/BSK von 17,3 % (Vorjahr 15,9 %). Damit lagen die Quoten deutlich über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben. Dies gilt auch analog für die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) der LBB/BSK nach CRR/Delegierter Verordnung: 131 % per 31.12.2015. Die bilanzielle Risikovorsorge für die LBB/BSK betrug 634 Mio. €.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das

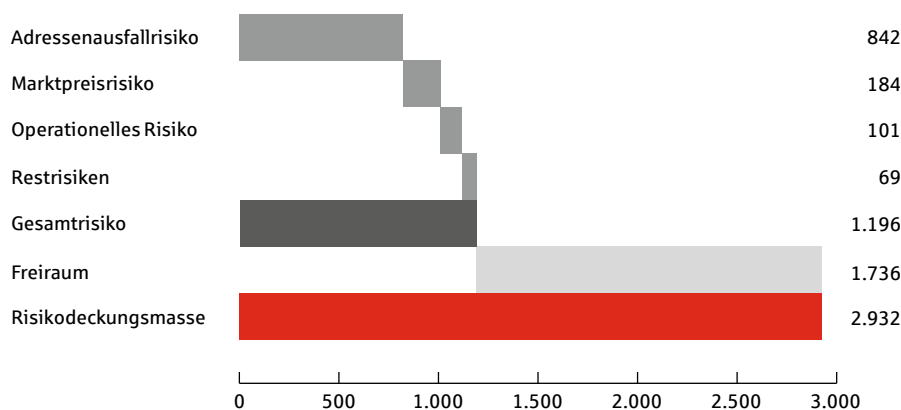
heißt, die Risikolage wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung erfolgte, und -nach Risikoarten gegliedert- an den Vorstand und die Gremien berichtet. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Gründe für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird ein fiktiver Liquidationsansatz zugrunde gelegt. Die interne Risikodeckungsmasse (RDM) der LBB/BSK basierte im Berichtsjahr auf den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln, somit einem Bilanz- und GuV-orientierten Ansatz. Korrekturposten entsprechend den Vorgaben des ICAAP wie zum Beispiel für stille Lasten wurden berücksichtigt. Darüber hinaus wurde bei der Ermittlung des Kreditrisikos das bisher verwendete Risikomaß „Risikolast“ in den Unerwarteten Verlust und den ökonomischen Shortfall aufgeteilt. Während der UEL, wie branchenüblich, als Kreditrisikomaß beibehalten wird, wird der ökonomische Shortfall als Abzugsposten in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt. Die Risiken der S-Kreditpartner als einziger wesentlicher Tochter der LBB/BSK wurden bei der Ermittlung der RDM angemessen berücksichtigt. Im Berichtsjahr stieg die Risikodeckungsmasse von 2.229 Mio. € per Dezember 2014 auf 2.932 Mio. € per 31.12.2015. Im Wesentlichen ist dies darauf zurückzuführen, dass die Risiken der Töchter nicht mehr als Abzugsposten von der Risikodeckungsmasse sondern im Risiko berücksichtigt werden.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgte im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht berücksichtigt.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2015 in der LBB/BSK wie folgt dar. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB/BSK in Mio. €



Bei gestiegenem Gesamtrisiko in Kombination mit einem deutlichen Anstieg der Risikodeckungsmasse hat sich auch der Freiraum deutlich erhöht. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollausslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Im Berichtsjahr wurde der Skalierungsfaktor zur Berücksichtigung des Marktpreisrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung deutlich vereinfacht. Das Verfahren basiert nunmehr auf einer effektiven einjährigen Halte-dauer. Der Anrechnungsbetrag für das Marktpreisrisiko in der Risikotragfähigkeit hat sich dadurch erhöht.

Ab Januar 2016 gelten Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept. Wesentliche Änderungen betreffen insbesondere die Beschleunigung des Erstellungsprozesses. Darüber hinaus werden bei der Risikobetrachtung die Ergebnisse aus der Risikoinventur 2015, beispielsweise die Berücksichtigung von Modellrisiken aus Ablauf-fiktionen, berücksichtigt werden.

3. Risikokategorien

3.1. Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners sowie einer möglichen Wertänderung der eingegangenen Geschäfte definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Darüber hinaus ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Das Anteilseignerrisiko wird separat ausgewertet, die jährliche Überprüfung bestätigte die materielle Unwesentlichkeit.

Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente. Von einem Emittentenrisiko spricht man, wenn statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten wird. Bei den Kontrahentenrisiken (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners) werden zusätzlich zum Marktpreis Aufschläge (produktspezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, es sei denn, es bestehen individuelle Collateralvereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen). Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt.

Die LBB/BSK verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt wurden. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der „für die Kreditrisikoüberwachung zuständigen Stelle“ nach Artikel 190 CRR wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf

Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Halbtendauer von einem Jahr für die wesentlichen Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Bis zum 31. März 2015 wurde die „Risikolast“ berichtet, das heißt das gesamte CreditVaR zum Konfidenzniveau 99,9 % abzüglich der bereits in der Bilanz als wertmindernd angebrachten Kreditrisikovorsorge aus nicht ausgefallenen Positionen. Am 1. April 2015 wurde das Reporting auf den Unexpected Loss (UEL) zum Konfidenzniveau 99,9 % umgestellt, der sich als Differenz aus dem CreditVaR zum Konfidenzniveau 99,9 % und dem Expected Loss (EL) ergibt. Der UEL 99,9 % betrug 684 Mio. € per 31. Dezember 2015.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelations-schätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Monatlichen Risiko Report (MRR) dargestellt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt neben Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) zusätzlich die Migrationsrisiken aus dem kommerziellen Geschäft.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Risikokonzentrationen werden operativ durch Obergrenzen je Gruppe verbundener Kunden limitiert. Die Obergrenzen ergeben sich nach festen Regeln in Abhängigkeit von der Risikodeckungsmasse, der Ratings der Kreditnehmer und der sehr konservativ bewerteten Besicherungsverhältnisse der Kreditengagements. Die Konzeption wurde zu Jahresbeginn 2015 von den Gremien genehmigt und in Kraft gesetzt.

Risikokonzentrationen bei Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten. Länderrisiken werden mittels eines geeigneten Exposurebegriffs fortlaufend gemessen und streng limitiert. Die Länderlimite werden jährlich überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt.

Einzelkreditnehmerlimite und deren Überwachung

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und täglich überwacht.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend IT-unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen, wird das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen

manuellen und automatisierten Verfahren überwacht. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, werden Frühwarnsysteme eingesetzt. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die Qualität der Kreditüberwachung wird permanent aktualisiert und verfeinert, um den Entscheidungsprozess

zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomes- verfahren und insbesondere die Kredit- prozesse werden von der internen Revi- sion regelmäßig überprüft. Daraus wer- den Maßnahmen für die weitere Quali- tätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den Unexpected Loss zum Konfidenzniveau 99,9 % der Portfolien der Geschäftsfelder.

| Portfoliosteuerung in Mio. € | Expected Loss | | Unexpected Loss (99,9%) | | Limit für den Unexpected Loss | | Limitauslastung | |
|---------------------------------|---------------|------------|----------------------------|------------|----------------------------------|--------------|-----------------|-------------|
| | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 |
| Private Kunden | 49 | 58 | 162 | 177 | 235 | 250 | 69 % | 71 % |
| Firmenkunden | 35 | 44 | 317 | 325 | 429 | 618 | 74 % | 53 % |
| Treasury | 16 | 20 | 342 | 309 | 375 | 521 | 91 % | 59 % |
| LBB/BSK | 101 | 121 | 684 | 657 | 884 | 1.168 | 77 % | 56 % |

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitenstrategie.

Entsprechend den unterschiedlichen Arten des Adressausfallrisikos (Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet.

Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 12 Mrd. € das wesentliche Element. Der Umfang der Sicherheiten orientiert sich an Exposurehöhe und Ausfallwahrscheinlichkeit und wird anhand fest vorgegebener Kriterien bewertet. Eine weitere Risikominderung entsteht durch Kompensationsvereinbarungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungs-techniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die LBB/BSK zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die LBB/BSK das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“. Das Konzept wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2015 bestand hieraus kein Handlungsbedarf.

Die Gruppe hat in ihrem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus kann eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen werden, die in Höhe von etwa 0,2 Mrd. € hereingenommen wurden.

Bei Kontrahentenrisiken resultiert eine Risikominderung aus der Verrechnung von gegenläufigen Risikopositionen

durch Netting-Vereinbarungen. In der LBB/BSK kommt dabei täglich das sogenannte Close-Out-Netting zur Anwendung, welches üblicherweise bei Kreditverschlechterung eines Kontrahenten bis hin zur Insolvenz vorgenommen wird. Dabei werden Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufgerechnet. Dies hat zur Folge, dass die sich ergebenden Ansprüche durch einen Ausgleichsanspruch in Höhe des Netto-Marktwertes dieser Geschäfte oder des sich daraus ergebenden unrealisierten Gewinns oder Verlusts für beide Parteien festgestellt und die Beträge saldiert werden. Zusätzlich können bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften über die bereits abgeschlossenen Nettingverträge hinaus individuelle Collateralvereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen) geschlossen werden. Kontrahentenrisiken wurden durch Nettingvereinbarungen in Höhe von rund 4 Mrd. € und hereingenommene Collaterals um rund 1 Mrd. € reduziert.

Die LBB/BSK hat im vergangenen Geschäftsjahr weitere Teile des Portfolios auf Zentrale Kontrahenten übertragen, woraus sich im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Risikominderungseffekte ergaben. Bei diesem Clearing geht das Insolvenzrisiko des jeweiligen Kontrahenten auf den Zentralen Kontrahenten über und schützt somit die beiden eigentlichen Vertragspartner. Der Zentrale Kontrahent ist mit einem Ausfallfonds (Sicherungsfonds) ausgestattet, wodurch die Ausfallrisiken seiner Kontrahenten getragen werden. Da jeder Handelsteilnehmer nur den Zentralen Kontrahenten als Vertragspartner für diese Geschäfte hat, wird das Kontrahentenrisiko reduziert. Zur Minderung des Ausfallrisikos verlangt der Zentrale Kontrahent zusätzlich von allen Handelsteilnehmern eine Sicherheitenhinterlegung, die im Falle des Ausfalls einer Partei die Wiederbeschaffung ermöglichen soll.

Transferrisiken

Zusätzlich werden Länder- und Transferisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (einschließlich externer Zusagen und nach Anrechnung von Sicherheiten) ausgewiesen.

Die jeweiligen Länderlimite werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen.

Nachfolgend wird das Länderexposure ohne Reservierungen dargestellt.

| Exposure Auslandsvolumen | | |
|--|-------------------|-------------------|
| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| EU-Staaten | 7.747 | 9.305 |
| West-Europa | 784 | 597 |
| Ost-Europa | 204 | 275 |
| Amerikanische Länder inkl. USA | 1.164 | 1.354 |
| Sonstige | 29 | 30 |
| Auslandsvolumen LBB / BSK | 9.928 | 11.561 |
| Auslandsvolumen gewichtet nach | | |
| geringem Transferrisiko | 9.609 | 11.166 |
| mittlerem Transferrisiko | 294 | 366 |
| erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating | 25 | 29 |
| Auslandsvolumen LBB / BSK | 9.928 | 11.561 |

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert. Sie können aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Das Exposure der Organisationen betrug zum Stichtag 1,2 Mrd. €. Das Exposure inklusive Organisationen betrug 11,2 Mrd. €.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobereitungsgebiete, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen

Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobereitungsgebiete umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für nicht ausgefallene Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfolio-betrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf (insbesondere Pauschalwertberichtigungen) ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

Reporting

Einzelkreditnehmerbezogene Adressenausfallrisiken auf verschiedenen Aggregationsstufen sowie Kennzahlen des Kreditportfoliomodells werden im Monatlichen Risiko Report (MRR) an den Vorstand berichtet. Um Risikokonzentrationen zeitnah zu erkennen, werden diese nach Branchen und Ländern dargestellt. Daneben sind Auswertungslisten zu Risikokonzentrationen gemäß dem Klumpenrisikokzept auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden (GvK) enthalten.

Ein ausführlicher Gruppen-Kreditrisikoreport, welcher eine kommentierte Darstellung der größten Risikokonzentrationen auf GvK-Ebene enthält, wird quartalsweise erstellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen ab einer definierten Größenordnung unterrichtet.

Kennzahlen des internen Reportings zum Adressenausfallrisiko

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert.

Neben dem Current Credit Exposure wird in der internen Steuerung auch das Credit Exposure (CE) betrachtet, welches zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite umfasst. Diese Limite können sowohl widerruflich als auch unwiderruflich zugesagt sein. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Daher werden die folgenden Darstellungen auf Basis des Credit Exposures gezeigt.

Das gesamte Credit Exposure der LBB/BSK betrug zum 31. Dezember 2015 rund 49 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 51 Mrd. €). Dabei entfielen etwa 19 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 18 Mrd. €) auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die so genannte Detailvereinbarung über die Absicherung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind).

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften sind in Höhe von rund 20 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 24 Mrd. €) im Credit Exposure enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken.

In der nachfolgenden Tabelle ist das Credit Exposure per 31. Dezember 2015 nach Branchen dargestellt. Die LBB/BSK ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst. Das Kreditvolumen im Kreditgewerbe und mit Gebietskörperschaften entfiel wie in den vergangenen Jahren zum Großteil auf das Treasurygeschäft, das Volumen der Privatkunden und Immobilienfinanzierungen besteht produktgetrieben in Kreditrisiken.

Credit Exposure-Darstellung nach Branchen der LBB/BSK

| | Credit Exposure | | davon Kreditrisiken | | davon Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken | |
|---|-----------------|------------|---------------------|------------|---|------------|
| | in Mio. € | in % | in Mio. € | in % | in Mio. € | in % |
| Beteiligungsgesellschaften | 1.008 | 2 | 577 | 3 | 341 | 2 |
| Chemische Industrie | 64 | 0 | 28 | 0 | 0 | 0 |
| Dienstleistungen | 3.184 | 6 | 2.355 | 13 | 59 | 0 |
| Gebietskörperschaften | 4.764 | 10 | 117 | 0 | 4.646 | 23 |
| Gesundheit & Soziales | 179 | 0 | 130 | 1 | 1 | 0 |
| Handel & Gewerbe | 1.774 | 4 | 1.152 | 6 | 101 | 0 |
| Immobilienfinanzierung | 8.316 | 17 | 7.091 | 38 | 184 | 1 |
| Kreditgewerbe | 19.102 | 39 | 3.798 | 20 | 15.067 | 74 |
| Privatpersonen | 10.363 | 21 | 3.306 | 18 | 0 | 0 |
| Sonstige | 273 | 1 | 204 | 1 | 0 | 0 |
| Versicherungen | 28 | 0 | 22 | 0 | 1 | 0 |
| Summe CCE Branchen ¹⁾ | 49.055 | 100 | 18.780 | 100 | 20.400 | 100 |

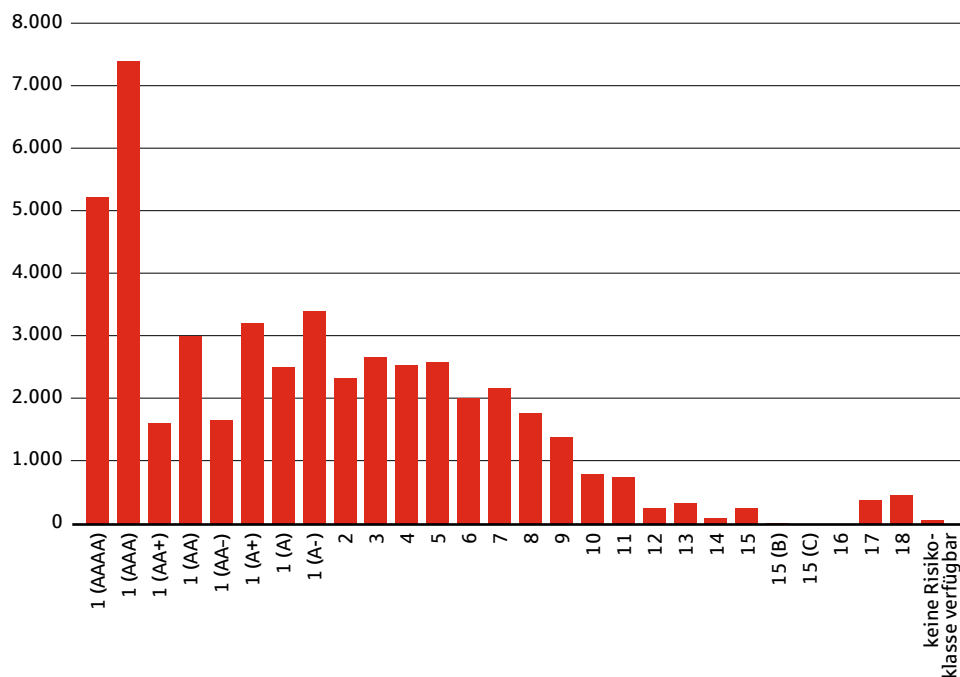
1) Abweichungen zu den BSK-Zahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken der BSK sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Kreditqualität

In der folgenden Grafik wird das Credit Exposure, aufgeteilt nach Ratingklassen gemäß der verwendeten Masterskala, dargestellt.

Die Geschäfte unter der Detailvereinbarung über die Abschirmung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG in der LBB/BSK in Höhe von 879 Mio. € sind hierbei in den Ratingklassen 3–18 enthalten.

Credit Exposure in Mio. €



3.2. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB/BSK zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Ebenso zählt das Refinanzierungsrisiko dazu. Das Refinanzierungsrisiko folgt der grundsätzlichen Logik der Net Stable Funding Ratio (NSFR), die sich aus dem Verhältnis verfügbarer stabiler Refinanzierung zur erforderlichen stabilen Refinanzierung ergibt, aber mit veränderten Gewichten. Die Sicherung der Liquidität und der Refinanzierungsfähigkeit für die LBB/BSK hat höchste Priorität.

In der LBB/BSK existierte im Berichtsjahr ein zentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept. Diese Methodik wurde vor dem Hintergrund veränderter aufsichtsrechtlicher Anforderungen, insbesondere der Notwendigkeit zur Steuerung der Liquiditätsdeckungsquote (LCR) im Jahresverlauf 2015 grundlegend überarbeitet.

Die Liquiditätsversorgung der LBB/BSK zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird.

Die Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich bewährt. Im Jahr 2015 war die LBB/BSK für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Das **kurzfristige Liquiditätsrisiko** (Laufzeitbereich 1–30 Kalendertage plus ergänzender Horizont 31–50 Tage) stellt das Risiko dar, dass die Bank ihren kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen an jedem der nächsten 30 Tage nicht mehr nachkommen kann. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die aufsichtsrechtliche Liquidity Coverage Ratio (LCR) mit ihrem Horizont von 30 Tagen, welche taggenau abgeschichtet wird („LCR 1–30“). Dabei wird einem gestressten Netto-Mittelabfluss ein Bestand von hochliquiden Aktiva gegenübergestellt, der diese absichern soll. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko wird limitiert bei einem Limit von 100 %.

Das **Refinanzierungsrisiko** (Laufzeit bis 12 Monate) ist ein Maß für die fristenkongruente Refinanzierung. Es wird gemessen, in welchem Maße stabil erforderliche Refinanzierung zum Risikohorizont tatsächlich verfügbarer stabiler Refinanzierung gegenübersteht. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die in aufsichtlicher Erprobung befindliche Net Stable Funding Ratio (NSFR) mit zum Teil durch interne Validierungen angepassten Annahmen (Gewichten). Das Refinanzierungsrisiko wird limitiert bei einem Limit von 100 %.

Die **Survival Period** misst, wie viele Wochen unter erheblichen Stressannahmen vergehen, bis ohne Möglichkeit zur Mittelaufnahme die Zahlungsunfähigkeit eintritt. Methodische Grundlage ist eine gestresste Ablaufbilanz auf Basis der aufsichtsrechtlichen ergänzenden Liquiditätsmetriken (ALMM). Die Survival Period wird nicht limitiert.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik der LBB/BSK beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva, um tatsächlich vorhandene oder aus Stress-tests berechnete Liquiditätsbelastungen abdecken zu können.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt für das Institut LBB/BSK unter Berücksichtigung des Refinanzierungsbedarfs der S-Kreditpartner (SKP). Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der gruppenweiten Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das gruppenweite Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder instituts-spezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation unter Einschluss des kurzfristigen Liquiditätsrisikos, der Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquote (LCR), der Refinanzierungssituation, der Mindestüberlebensdauer und Angaben zu Risikokonzentrationen erfolgt täglich; sie wird dem Senior Management von Risikocontrolling und Treasury und dem zuständigen Dezernenten (Chief Risk Officer, CRO) zur Verfügung gestellt. Der Gesamtvorstand wird in gleicher Darstellung einmal monatlich im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war seit Produktivset-

zung für die neue Methodik und bis dahin für die alte Methodik sowohl für das kurzfristige Liquiditäts- als auch für das Refinanzierungsrisiko im Jahresverlauf 2015 unbedenklich.

Risikokonzentrationen/ Refinanzierung

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Liquiditätsrisiko führen.

Die LBB/BSK nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung seines Aktivgeschäfts. Dazu zählen in erster Linie Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden und in zweiter Linie Pfandbriefe. Hinzu kommen andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer besonderen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist ausgewogen und wird aktiv gesteuert.

Anteile wesentlicher Bilanzposten an der Bilanzsumme (Passiva) der LBB/BSK

| in % | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|--------------|--------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 18,8 | 16,9 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 56,2 | 47,2 |
| Verbrieftete Verbindlichkeiten | 12,4 | 19,8 |
| Handelsbestand | 1,2 | 6,3 |
| Rückstellungen | 3,1 | 2,5 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 1,8 | 1,4 |
| Eigenkapital | 4,6 | 3,8 |
| Übrige Passiva | 2,1 | 2,1 |
| Summe Passiva LBB/BSK | 100,0 | 100,0 |

Die Refinanzierung der LBB/BSK kann sich auf eine große Anzahl von Einlagengebern und Investoren stützen. Der Bestand der Kundeneinlagen von Privat- und Firmenkunden ist stark diversifiziert. Bei der Emission von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten verfügt die LBB/BSK über ein großes Spektrum institutioneller Investoren. Hervorzuheben sind dabei Investoren aus der S-Finanzgruppe. Für den Spitzenausgleich im besicherten und unbesicherten Geldmarkt steht eine Vielzahl von Adressen zur Verfügung. Das Refinanzierungsvolumen in Fremdwährungen ist aufgrund der überwiegend in Euro getätigten Aktivgeschäfte im Vergleich zur Bilanzsumme gering. Währungsbezogene Risikokonzentrationen bestehen daher ausschließlich in der Heimatwährung Euro.

Die LBB/BSK setzte auch im Jahr 2015 den Prozess zur Reduzierung ihrer Bilanzsumme, darunter insbesondere ihrer Wertpapierbestände, fort. Die daraus resultierenden Mittelzuflüsse machten unbesicherte Eigenemissionen am Kapitalmarkt für die LBB/BSK überflüssig. Nur im Pfandbriefbereich nahm die LBB/BSK im Einklang mit der Mittelfristplanung sporadisch Mittel über Privatplatzierungen zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts auf.

Die Konditionen der Mittelaufnahmen der LBB/BSK waren mit den gezahlten Konditionen anderer bonitätsstarker Marktteilnehmer vergleichbar.

Die LBB/BSK konzentrierte auch im Geschäftsjahr 2015 ihre Anlagestrategie auf liquide Kernmärkte in Europa. Engagements an liquiditätsmäßig engen Märkten werden bewusst vermieden.

Quantitatives Liquiditätsrisiko

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Liquiditätskennziffern der LBB/BSK wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo betrug die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) 131 %. Wegen der veränderten Regulierung ist ein Vorjahreswert nicht verfügbar.

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen der LBB/BSK per 31. Dezember 2015, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Darstellung basiert auf der neuen Liquiditätsmeldung ALMM (Advanced Liquidity Monitoring Metrics). Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Betrachtung. Zusätzlich werden hierbei künftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettoszahungsströme berücksichtigt, sofern diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Andernfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten und Refinanzierungsstruktur

| in Mio. € | 2015 |
|---------------------------------------|---------------|
| Besicherte Refinanzierung | |
| <= 1 Monat | 2.984 |
| > 1 Monat und <= 1 Jahr | 4.803 |
| > 1 Jahr und <= 5 Jahre | 0 |
| > 5 Jahre | 0 |
| Insgesamt | 7.787 |
| Eigenemissionen | |
| <= 1 Monat | 169 |
| > 1 Monat und <= 1 Jahr | 2.207 |
| > 1 Jahr und <= 5 Jahre | 4.698 |
| > 5 Jahre | 1.431 |
| Insgesamt | 8.505 |
| Verbindlichkeiten Derivate | |
| <= 1 Monat | 1.483 |
| > 1 Monat und <= 1 Jahr | 1.001 |
| > 1 Jahr und <= 5 Jahre | 881 |
| > 5 Jahre | 249 |
| Insgesamt | 3.614 |
| Verbindlichkeiten Finanzkunden | |
| <= 1 Monat | 2.662 |
| > 1 Monat und <= 1 Jahr | 716 |
| > 1 Jahr und <= 5 Jahre | 611 |
| > 5 Jahre | 521 |
| Insgesamt | 4.510 |
| Verbindlichkeiten Kunden | |
| <= 1 Monat | 21.376 |
| > 1 Monat und <= 1 Jahr | 6.454 |
| > 1 Jahr und <= 5 Jahre | 353 |
| > 5 Jahre | 776 |
| Insgesamt | 28.959 |

3.3. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Marktpreisrisiken werden insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken im Bereich Treasury eingegangen. Das Marktpreisrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken finden Eingang in das ermittelte Value at Risk (VaR). Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmerindividuelle Credit Spread-Risiken berücksichtigt.

Im Vordergrund der Zinsänderungs-Risikosteuerung steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation infolge der Zinsstruktur.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktpreisrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die Korrelationen der aktuell gut 4.400 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Die Zahl der Risikofaktoren im Modell ist gegenüber dem Vorjahr durch Portfolioabbau und Geschäftsübertragung an die DekaBank gesunken. Über die genannten Verfahren hinaus wird der Risikoge-

halt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte des Modells wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung in der LBB/BSK die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2015 mit elf im „roten Bereich“. Die Ausreißer im Jahr 2015 entstanden insbesondere bei plötzlichen Zinsänderungen aufgrund der Unsicherheiten der Marktteilnehmer bezüglich geldpolitischer Maßnahmen der großen Zentralbanken. Ein Ausreißer ergab sich im ersten Quartal 2015 nach deutlichen Preisänderungen nach Ankündigung der Abwicklung und Verhängung eines Moratoriums zur Heta Asset Resolution AG.

Im Rahmen von halbjährlich stattfindenden Modellvalidierungsworkshops werden umfangreiche weitere Validierungshandlungen durchgeführt. Diese zeigten keine grundsätzliche Schwäche der Risikomessung.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition gemäß Internem Modell wurde das eigentliche Marktrisikomodell um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisiko (Incremental Risk Charge – IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basierte dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wurde in dem für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parameter berechnet.

Die LBB/BSK hat im Dezember 2015 die Rückgabe der Zulassung des Internen Marktrisikomodells für die Verwendung für Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung nach Säule 1 beantragt und zum 1. Januar 2016 ihr Handelsbuch geschlossen. Sie agiert fortan als Nichthandelsbuchinstitut.

Unabhängig davon wird dieses Modell gruppenweit unverändert für die Marktrisikomessung in den Anlagebüchern eingesetzt.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limit-einhaltung des Bereichs Treasury. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Aktivitäten des Treasury sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten umgesetzt und vom Vorstand verabschiedet.

Die Marktrisikosteuerung erfolgt durch das Treasury auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Sensitivitätsanalysen pro Geschäftsfeld. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsaktivität unterschiedliche und auf die jeweiligen Abteilungen zugeschnittene Berichte (zum Beispiel Fristen- und Risikoprofile).

Die Steuerung des Zinsbuchs erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle vier Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen

Zinsänderungsrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Marktpreisrisiken genutzt und die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten sowie mit Blick auf den Zinsüberschuss ermöglicht.

Regelmäßig oder auch bei Bedarf tritt das Komitee für den Neu-Produkt-Prozess zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Komitees für den Neu-Produkt-Prozess. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Treasury im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss sichergestellt wird. Den Kontrollen können auf diesem Wege gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses Internen Modells an die Aufsicht gemeldet.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder berichtet.

Das differenzierte Risikoreporting der Marktpreisrisiken beinhaltet:

- das Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge des Bereichs Treasury,
- den täglichen Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- den monatlichen Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- die Berichterstattung mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports (MRR).

Im Rahmen des Umbaus der LBB/BSK wurde die Organisation des Front-Offices neu geordnet. Der Bereich Treasury erfüllt die klassischen Funktionen des Liquiditätsmanagements, des Depot-A-Anlagegeschäfts im Rahmen der Asset Allokation und der strategischen Fristentransformation. Der Rückbau der historischen Portfoliostrukturen auf eine sparkassentypische Dimension erfolgt im Management der Auslaufportfolien.

Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Stichtagswerte dargestellt.

Value-at-Risk der LBB/BSK

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|----------------------|------------|------------|
| Aktienrisiko | 1 | 2 |
| Währungsrisiko | 1 | 2 |
| Zinsrisiko | 28 | 17 |
| Credit-Spread-Risiko | 10 | 12 |
| LBB/BSK | 26 | 19 |

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnet sich der LBB/BSK-Wert nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Das Gesamt-VaR der LBB/BSK war im gesamten Jahresverlauf durch ein Limit in Höhe von 110 Mio. € begrenzt. Das Limit wurde turnusgemäß zum 1. Januar 2015 überprüft. Die Teilrisiken in den einzelnen Assetklassen sind nicht separat durch VaR-Limite begrenzt.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen möglichen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird in der LBB/BSK ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB/BSK war per Jahresende 2015 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das per Stichtag ausgewiesene Exposure ging im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück, was größtenteils auf schwankende Kundenbestände im Zinsbuch zurückzuführen war.

Währungsrisiken

Die LBB/BSK geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Im Jahresverlauf wurden zudem noch bestehende historische Positionen in der BSK weiter reduziert. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB/BSK aufgezeigte Währungskursrisiko stammt im Wesentlichen aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Fremdwährungsaktiva und -passiva. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollars.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten, welche jedoch im Rahmen der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts sukzessive abgebaut werden. Die Position ist gegenüber den Marktschwankungen weitestgehend neutral.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fondsanteile werden für Zwecke des Marktpreisrisikocollings wie Aktien behandelt. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen, um der Zusammensetzung des Fondsportfolios – im Wesentlichen Rentenfonds – Rechnung zu tragen.

Marktliquiditätsrisiken

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen des Marktpreisrisikos überwacht.

Ein spezielles Szenario für die Ausweitung der Geld-Brief-Spannen simuliert die besondere resultierende Wertänderung des betrachteten Portfolios. Es wird dabei angenommen, dass sich alle Marktdaten kräftig aber nicht extrem in die „falsche“ Richtung bewegen.

Das Szenario zeigte mit 13 Mio. € zum Berichtsstichtag kein signifikantes Verlustpotenzial auf.

Sicherungsbeziehungen

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

3.4. Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird definiert als Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet.

Gemäß der Strategie für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung der Rahmenvorgaben und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB/BSK einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB/BSK festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Vorstand monatlich berichtet.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der LBB/BSK verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Risikoindikatoren werden erfasst und überwacht),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Messung der operationellen Risiken

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach). Unter Anwendung des AMA wurde im Jahr 2015 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB/BSK in Höhe von 94 Mio. € (Vorjahr: 98 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2015 für die LBB/BSK einen Wert von 94 Mio. € (Vorjahresstichtag: 98 Mio. €).

Personalrisiken

Das Personalrisiko wird an Hand von Risikofaktoren gesteuert und unterscheidet zwischen Fluktuations-, Verfügbarkeits-, Qualifikations- und Motivationsrisiken. Ziel ist, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren.

Der im Rahmen des Umbaus zur Berliner Sparkasse vorgesehene Personalabbau in den Corporate Centern wurde 2015 konsequent fortgeführt und umgesetzt. Externe Einstellungen sind in geringem Umfang erfolgt, um die Handlungsfähigkeit der Bank jederzeit sicher zu stellen. Eine bedarfsgerechte Planung und priorisierte Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen wird zielgerichtet umgesetzt.

IT- und Systemrisiken

Derzeit werden keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht.

Sicherheits- und Notfallmanagement, Outsourcing

Es existiert eine schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse. Zur Koordination, Kontrolle und Steuerung der Informationssicherheit orientiert sich die Sparkasse am Konzept „Sicherer IT Betrieb“ (SITB) der SIZ-GmbH. Der SITB unterstützt Sparkassen bei der Einführung und Umsetzung der Anforderungen an die Informationssicherheit; er gewährleistet Konformität zu relevanten und gesetzlichen Sicherheitsstandards. Ein Krisenstab, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt, ist etabliert.

Darüber hinaus sind bestimmte Teile der Geschäftsaktivitäten an Dienstleister ausgelagert. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Rechtsrisiken

Die Rechtsabteilung nimmt die Funktion einer rechtlichen Risikosteuerung wahr. Hierbei stehen die Sicherstellung von risikobegrenzenden Standards, relevante Rechts- und Vertragsfragen und deren Handhabung im Vordergrund.

Wesentliche Vorhaben (zum Beispiel Umsetzung von EU-Richtlinien, Einführung von neuen Produkten) werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit der Rechtsabteilung abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt die Rechtsabteilung Muster für Verträge und andere rechtliche bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei

Abweichungen oder neuartigen Regelungen ist die Rechtsabteilung einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und/oder Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls bei der Rechtsabteilung.

In ihrer begleitenden Rechtsberatung gestaltet die Rechtsabteilung in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen die Verträge, Geschäftsbedingungen sowie sonstige rechtlich bedeutsame Erklärungen. Sofern rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist die Rechtsabteilung immer einzubinden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen (zum Beispiel durch Änderung der Rechtsprechung) eintreten oder Fehler unterlaufen sind, wirkt die Rechtsabteilung an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Nachteile beziehungsweise Fehler mit. Dabei übernimmt die Rechtsabteilung die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuert eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung der Rechtsabteilung über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen und die Dokumentation der laufenden Gerichtsverfahren durch institutionalisierte Meldungen an betroffene Bereiche.

Für bestehende Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet, unter anderem für die laufenden Rechtsstreitigkeiten und für Risiken bei Verbraucherdarlehen für „fehlerhafte Widerrufsbefehle“.

Ansprüche gegen die HETA Asset Resolution AG (HETA) (vormals Hypo Alpe Adria Bank International AG)

Die LBB hat 2015 zusammen mit einer anderen deutschen Bank eine Klage auf Zahlung der während der Laufzeit des Moratoriums fälligen und fällig werden- den Zinsen aus gezeichneten Schuld- verschreibungen und Schuldschein- darlehen gegen die HETA vor dem Land- gericht Frankfurt am Main eingereicht, dies auch mit dem Ziel, die vom Bundes- land Kärnten für diese Verbindlichkeiten gestellten Ausfallbürgschaften in Anspruch nehmen zu können. Des Weiteren hat die LBB auch die erforderlichen verwaltungsrechtlichen Maßnahmen gegenüber den für die Abwicklung der HETA zuständigen Stellen eingeleitet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immo- bilien- und Baumanagement der Bank- gesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplen- tärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB bezie- hungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrecht- lich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärun- gen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

3.5. Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Das strategische Risiko ist das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unter- nehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des stra- tegischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entschei- dungen bedürfen zudem der Zustim- mung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB/BSK ver- abschiedete und regelmäßig aktualisier- te Gesamtbankstrategie fasst die Strate- gien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center zusammen. Sie besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategie- klausur werden die langfristigen Unter- nehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand fest- gelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwer- te. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgen zweimal pro Jahr eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnis- se gehen in die Risikoinventur ein.

F. Chancen und Prognosebericht

1. Ausblick zu den Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen

Die Berliner Wirtschaft dürfte auf Expansionskurs bleiben. Auch im Jahr 2016 sollte das Bruttoinlandsprodukt hier im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlich wachsen. Dafür sind unter anderem die erwarteten Zuwächse beim privaten Konsum verantwortlich, von denen Berlin als Tourismusmagnet besonders profitieren sollte. Steigerungspotenzial bietet auch die

Bau- und Immobilienwirtschaft in der Hauptstadt, vor allem aufgrund des generell steigenden Wohnungsbedarfs infolge des starken Zuzugs nach Berlin. Anhaltend starken Aufwind verspüren am Wirtschaftsstandort Berlin zudem die unternehmensnahen Dienste. Auch das Wachstum der Erwerbstätigenzahl dürfte sich nochmals beschleunigen.

2. Chancen

Die LBB/BSK verfolgt die Strategie einer streng an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten Großsparkasse mit einfachen, klaren Basisprodukten und qualitativ hochwertigen Beratungsangeboten. Aktuelle Umfragewerte und verschiedene Auszeichnungen attestieren der Berliner Sparkasse eine hohe Beratungsqualität und bestätigen das in die Sparkasse gesetzte Vertrauen der Kunden. Daraus ergeben sich Chancen, im weiter aufstrebenden Berliner Markt überdurchschnittlich zu wachsen. Der konsequente Umstieg auf Sparkassenstandards im Zuge des Umbaus der früheren LBB zur Hauptstadtparkasse ermöglicht es, Komplexität und Kosten weiter zu reduzieren.

Risiken könnten sich insbesondere aus der deutlich gestiegenen Wettbewerbsintensität durch klassische Banken ergeben, aber auch durch die wachsenden Aktivitäten von Nichtbanken im Finanzbereich (sogenannten „FinTechs“). Zudem wird die anhaltende Niedrigzinsphase weiterhin Druck auf die Zinsmargen ausüben. Hinzu kommen die verschärften regulatorischen Anforderungen mit Auswirkungen unter anderem auf das anspruchsvolle Kostensenkungsprogramm. Allerdings sind die Risiken dieser Einflussfaktoren und ihre konkreten Folgen für die Ertragslage der LBB/BSK schwer abschätzbar.

Im Geschäft mit privaten Kunden liegt ein besonderer Fokus auf dem weiteren Ausbau des Direktvertriebs. Die persönliche Betreuung der Kunden wird durch eine schärfere Kundensegmentierung weiter gestärkt. Der klassische Vertrieb soll dabei optimal mit den Möglichkeiten der Online/Mobile-Kommunikation vernetzt werden. Ziel ist die Etablierung moderner Vertriebskanäle unter Wahrung der emotionalen Nähe zu den Kunden und des Kompetenzversprechens der Sparkasse. Darüber hinaus ist vorgesehen, das Geschäft mit regionalen Immobilienfinanzierungen auszuweiten.

Auch das Geschäft mit hochvermögenden Kunden (Private Banking) wird weiter ausgebaut. Neben dem damit verbundenen Immobilienfinanzierungsgeschäft sieht die Berliner Sparkasse hier Chancen zur Steigerung des Wertpapiergeschäfts, insbesondere aufgrund verbesserter Kompetenzeinschätzung durch die Kunden und die verstärkte Wahrnehmung der positiv besetzten Marke Berliner Sparkasse. Daneben bieten die geplanten Optimierungen bei den Vertriebswegen und der Kundensegmentierung ebenfalls Chancen zur stärkeren Marktdurchdringung.

Risiken für das Wertpapiergeschäft bestehen in den aufgrund der Verunsicherung der Marktteilnehmer stark schwankenden Märkten, den zunehmend verschärften gesetzlichen und regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung sowie in die Beratungsprozesse.

Das angestrebte weitere Wachstum des unter der Marke LBB gebündelten Drittkartengeschäfts birgt wegen weltweit sich ergebender Veränderungen im Zahlungsverkehr, unter anderem wegen der ab 2016 vollständig umzusetzenden Regulierung der Interchange, ebenfalls Risiken, die bei der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells zu berücksichtigen sind.

Das Geschäft mit Firmenkunden umfasst die Geschäftsbereiche Firmenkunden und Gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie das Zentrale Management Firmenkunden. Der Fokus liegt dabei im Wesentlichen auf der besseren Erschließung bestehender Geschäftspotenziale, der Stärkung der Marktpräsenz und dem Kreditneugeschäft. Das Betreuungskonzept bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse Berliner Unternehmen.

Das dichte Netz aus Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in der Hauptstadt, verbunden mit einer modernen Infrastruktur, bietet dem Firmenkundengeschäft gute Rahmenbedingungen und unterstützt eine weiterhin positive Entwicklung. Zusätzliche Ertragschancen für die Berliner Sparkasse ergeben sich aus der anhaltenden Konjunkturdynamik der Berliner Wirtschaft. Die ungebrochene Nachfrage nach gewerblichen Immobilienfinanzierungen, auch als Folge des niedrigen Zinsniveaus, eröffnet Möglichkeiten, die bereits starke Marktposition der Berliner Sparkasse in diesem Geschäftsfeld bei weiterhin hohen Qualitäts- und Bonitätsanforderungen durch Gewinnung weiterer Marktanteile zu steigern. Diese Entwicklung kann in Folgejahren bei möglicherweise wieder fallenden Immobilienpreisen zu Risiken führen.

Mit der Ausrichtung der Berliner Sparkasse einher geht eine deutliche Verkleinerung des Treasury auf eine sparkassenadäquate Größe. Das aktuelle Marktumfeld ist von einer anhaltenden Niedrigzinsphase und einer deutlichen Einengung der Credit-Spreads geprägt. Die Risiko-Ertrags-Relationen für Neuinvestitionen haben sich spürbar verschlechtert und bergen zusammen mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie weiterer regulatorischer Änderungen Risiken.

3. Prognose

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2016 leitet sich aus der Mittelfristplanung 2016–2020 der Berliner Sparkasse ab. Für den Prognosezeitraum 2016 wurden die folgenden volkswirtschaftlichen Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung für die Geschäftsentwicklung zugrunde gelegt:

- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Berlin: 1,9 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Deutschland: 1,6 %
- Inflationsrate Deutschland: 1,8 %
- Sparquote Berlin: 8,0 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 9,9 %
- Tarifsteigerung im Bankgewerbe: 2,0 %

Für das Geschäftsjahr 2016 wird der Fortbestand des derzeitigen Niedrigzinsniveaus unterstellt. Die Wachstumsziele der Geschäftsfelder bestehen unverändert fort und sind durch die Geschäftsentwicklung seit 2014 unterlegt. Das Kostensenkungsprogramm aus dem Umbau zur Berliner Sparkasse wird unverändert fortgeführt.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen werden im Folgenden die nachstehenden Kennzahlen aus der Prognose 2016 den IST-Werten des Geschäftsjahres 2015 gegenübergestellt und erläutert.

Für 2016 erwarten wir eine **Ergebnisabführung** an die LBBH, welche mit 61 Mio. € deutlich über dem Ergebnis des Jahres 2015 von 12 Mio. € liegt. Für das operative Kundengeschäft wird die Realisierung der anspruchsvollen Ziele erwartet. In Verbindung mit der voraussichtlichen Übernahme von VISA Europe Ltd. durch VISA Inc. (USA) wird die LBB/BSK als Gesellschafter der VISA Europe Ltd. aus der Übernahme erhebliche

Erträge generieren, welche grundsätzlich bereits in der Prognose des Ergebnisses für 2016 berücksichtigt sind. Diese Stärkung der Ertragslage wird die anhaltenden Belastungen aus der Niedrigzinsphase überkompensieren. Nach derzeitigem, vorläufigem Stand steht zu erwarten, dass die tatsächlichen Erträge aus dieser Transaktion in 2016 die bisher prognostizierten noch überschreiten könnten.

Der **Verwaltungsaufwand** des Jahres 2016 in Höhe von 885 Mio. € liegt geringfügig unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres (890 Mio. €). Die Erfolge bei der konsequenten Umsetzung des Kostenprogramms werden beeinträchtigt durch weitere Belastungseffekte aus dem niedrigen Zinsniveau mit Auswirkungen auf unsere Pensionsverpflichtungen, erwartete Tarifsteigerungen und die Berücksichtigung möglicher Einmalzahlungen. Dieses überlagert die Erfolge aus dem Stellenabbau. Bei den Mitarbeiterkapazitäten geht die Planung für 2016 unverändert von der weiteren Reduzierung auf 3.116 Stellen bis zum Ende des Jahres aus (31. Dezember 2015: 3.322 Stellen).

Für Ende 2016 wird eine **harte Kernkapitalquote** in Höhe von 17,7 % angestrebt, die damit leicht über dem Vorjahreswert von 17,3 % liegen wird. Dabei wird sich die geplante weitere Reduzierung des Geschäftsvolumens und der Risikoaktiva entsprechend auswirken.

Für 2016 erwartet die Sparkasse ein weiteres, wenn auch verlangsamtes, Abschmelzen der **Bilanzsumme** auf rund 46,5 Mrd. € durch Rückführung von Treasury-Aktivitäten.

Bei den **Forderungen an Kunden** ist eine Steigerung um 1,8 Mio. € auf 18,5 Mrd. € geplant. In dieser Entwicklung spiegeln sich zwei gegenläufige Effekte wider. Für das Kundengeschäft ist unverändert ein Anstieg geplant. Der Ausweitung der Gewerblichen Immobilienfinanzierung und des Aktivgeschäfts mit privaten Kunden stehen die planmäßige Rückführung der Aktivitäten im Internationalen Geschäft sowie der sukzessive Abbau nicht strategiekonformer Treasury-Aktivitäten entgegen. Ein Teil des Rückgangs dieser Bestände wird sich auch in der Position „Forderungen an Kunden“ auswirken und die positive Entwicklung im Kundengeschäft teilweise kompensieren.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erwarten wir für 2016 durch die Rückführung der Aktivitäten im Internationalen Geschäft und im Treasury einen Bestand in Höhe von 24,5 Mrd. €, der damit rund 2 Mrd. € niedriger ist als im Vorjahr.

Die **Cost-Income-Ratio** (vor Bankenabgabe) wird für 2016 bei 89 % und damit auf dem letztjährigen Niveau erwartet.

Aufgrund der geplanten Ergebnissteigerung ist eine steigende **Eigenkapitalrentabilität** auf rund 3 % geplant.

4. Gesamtaussage

Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2016 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB/BSK geht davon aus, ihre erfolgreiche operative Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich dabei sowohl im Kundengeschäft als auch im Verwaltungsaufwand bei den Pensionsrückstellungen ergebnisbelastend aus. Zudem ist davon auszugehen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen dauerhaft einer hohen Dynamik unterliegen und damit weitere Belastungen für die LBB/BSK nach sich ziehen werden.

Die Geschäftsentwicklung wird auch 2016 noch von der Umsetzung des Umbaus zur Hauptstadtparkasse geprägt sein. Wesentliche Systeme der Steuerung werden im laufenden Jahr auf die Finanz Informatik migriert. An der Umsetzung des anspruchsvollen Kostensenkungsprogramms und des auch damit einhergehenden Kapazitätsabbaus wird unverändert festgehalten. Mit der weiteren Rücknahme des Geschäftsvolumens im Treasury werden die erforderlichen Freiräume für das strategiekonforme Wachstum der Risikoaktiva im Kundengeschäft der BSK geschaffen. Flankierend hierzu ist für 2016 in der Planung eine Zuführung zur Rücklage nach § 340g HGB in Höhe von 90 Mio. € vorgesehen. Kapitalerhöhungen durch die LBBH sind nicht zu erwarten. Für das nach Rücklagendotierung verbleibende Ergebnis in Höhe von 61 Mio. € für das Geschäftsjahr 2016 ist eine vollständige Abführung an die LBBH vorgesehen.

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31.12.2015

| Aktivseite | Anhang Textziffern | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Vorjahr Tsd. € |
|--|-----------------------|-----------|-----------|------------|-------------------|-------------------|
| Barreserve | | | | | | |
| a) Kassenbestand | | | | 462.557 | | 396.984 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | | | 413.203 | | 393.562 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | | 413.203 | | | | (393.562) |
| | | | | | 875.760 | 790.546 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 1, 4, 5, 6, 13 | | | | | |
| a) Hypothekendarlehen | | | | 0 | | 406 |
| b) Kommunalkredite | | | | 1.336.922 | | 1.341.586 |
| c) andere Forderungen | | | | 13.386.988 | | 15.509.647 |
| darunter: täglich fällig | | 804.585 | | | | (523.702) |
| gegen Beleihung von Wertpapieren | | 0 | | | | (0) |
| | | | | | 14.723.910 | 16.851.639 |
| Forderungen an Kunden | 1, 4, 5, 13 | | | | | |
| a) Hypothekendarlehen | | | | 6.140.977 | | 6.271.848 |
| b) Kommunalkredite | | | | 3.421.814 | | 4.650.260 |
| c) andere Forderungen | | | | 7.161.568 | | 7.299.520 |
| darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren | | 16.263 | | | | (12.267) |
| | | | | | 16.724.359 | 18.221.628 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 2, 8, 11, 13 | | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | | 0 | | | 0 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 0 | | | | (0) |
| ab) von anderen Emittenten | | | 0 | | | 350.055 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 0 | | | | (350.055) |
| | | | | 0 | | 350.055 |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | | 3.022.311 | | | 3.377.308 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 2.822.139 | | | | (3.170.070) |
| bb) von anderen Emittenten | | | 9.522.836 | | | 12.251.218 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | | 8.488.860 | | | | (11.083.830) |
| | | | | 12.545.147 | | 15.628.526 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | | | 0 | | 1.802.395 |
| Nennbetrag | | 0 | | | | (1.800.000) |
| | | | | | 12.545.147 | 17.780.976 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 7, 8, 11, 13 | | | | 262.276 | 264.923 |
| Handelsbestand | 9 | | | | 1.033.184 | 1.939.369 |
| Beteiligungen | 8, 11 | | | | 142.636 | 166.368 |
| darunter: an Kreditinstituten | | 18.022 | | | | (33.022) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | 32.484 | | | | (32.484) |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 8, 11 | | | | 245.666 | 245.716 |
| darunter: an Kreditinstituten | | 237.215 | | | | (237.215) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | 0 | | | | (0) |
| Treuhandvermögen | | | | | 0 | 0 |
| darunter: Treuhandkredite | | 0 | | | | (0) |
| Immaterielle Anlagewerte | 10 | | | | | |
| a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | | | 1.641 | | 1.940 |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | | | 22.166 | | 35.602 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | | | | 0 | | 0 |
| d) geleistete Anzahlungen | | | | 0 | | 0 |
| | | | | | 23.807 | 37.542 |
| Sachanlagen | 10 | | | | 86.490 | 87.931 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 14 | | | | 757.912 | 959.346 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 15 | | | | | |
| a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | | | 49.157 | | 67.624 |
| b) andere | | | | 7.545 | | 7.586 |
| | | | | | 56.702 | 75.210 |
| Summe der Aktiva | | | | | 47.477.849 | 57.421.194 |

| Passivseite | Anhang Textziffern | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Vorjahr Tsd. € |
|--|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|-------------------|---------------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1, 4, 5 | | | | | |
| a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | | | 171.088 | | 190.220 |
| b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe | | | | 76.176 | | 96.494 |
| c) andere Verbindlichkeiten | | | | 8.683.511 | | 9.407.440 |
| darunter: täglich fällig | | 981.843 | | | | (703.889) |
| zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 0 | | | | (0) |
| und öffentliche Namenspfandbriefe | | 0 | | | | (0) |
| | | | | | 8.930.775 | 9.694.154 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 1, 4, 5 | | | | | |
| a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | | | 281.162 | | 299.056 |
| b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe | | | | 186.436 | | 186.447 |
| c) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist | | | | | | |
| ca) von drei Monaten | | | 2.667.353 | | | 2.768.632 |
| cb) von mehr als drei Monaten | | | 2.765.070 | | | 2.775.677 |
| | | | | 5.432.423 | | 5.544.309 |
| d) andere Verbindlichkeiten | | | | 20.780.443 | | 21.080.200 |
| darunter: täglich fällig | | 17.437.260 | | | | (15.384.599) |
| zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 0 | | | | (0) |
| und öffentliche Namenspfandbriefe | | 0 | | | | (0) |
| | | | | | 26.680.464 | 27.110.012 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 2, 4 | | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | | | | |
| aa) Hypothekenspfandbriefe | | | 2.164.157 | | | 1.641.515 |
| ab) öffentliche Pfandbriefe | | | 905.140 | | | 760.163 |
| ac) sonstige Schuldverschreibungen | | | 2.808.803 | | | 8.994.119 |
| | | | | 5.878.100 | | 11.395.797 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | | | 0 | | 0 |
| darunter: Geldmarktpapiere | | 0 | | | | (0) |
| | | | | | 5.878.100 | 11.395.797 |
| Handelsbestand | 16 | | | | 549.764 | 3.642.688 |
| Treuhandverbindlichkeiten | | | | | 0 | 0 |
| darunter: Treuhandkredite | | 0 | | | | (0) |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 17 | | | | 939.359 | 1.119.252 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 18 | | | | | |
| a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | | | 27.643 | | 31.956 |
| b) andere | | | | 16.420 | | 20.793 |
| | | | | | 44.063 | 52.749 |
| Rückstellungen | 19 | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | | 852.309 | | 734.625 |
| b) Steuerrückstellungen | | | | 4.230 | | 14.598 |
| c) andere Rückstellungen | | | | 597.846 | | 671.182 |
| | | | | | 1.454.385 | 1.420.405 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 4, 5, 20 | | | | 832.138 | 818.691 |
| Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | | 7.558 | 6.203 |
| davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | | 7.223 | | | | (5.867) |

| Passivseite | Anhang Textziffern | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Vorjahr Tsd. € |
|---|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|-------------------|---------------------------|
| Eigenkapital | 21 | | | | | |
| a) Eingefordertes Kapital | | | | | | |
| Gezeichnetes Kapital | | | | | | |
| aa) Grundkapital | | | 1.200.000 | | | 1.200.000 |
| ab) Stille Einlage | | | 0 | | | 0 |
| abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen | | | 0 | | | 0 |
| | | | | 1.200.000 | | 1.200.000 |
| b) Kapitalrücklage | | | | 920.038 | | 920.038 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | | | 0 | | | 0 |
| cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | | | 0 | | | 0 |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | | | 0 | | | 0 |
| cd) andere Gewinnrücklagen | | | 41.205 | | | 41.205 |
| | | | | 41.205 | | 41.205 |
| d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust | | | | 0 | | 0 |
| | | | | | 2.161.243 | 2.161.243 |
| Summe der Passiva | | | | | 47.477.849 | 57.421.194 |

| | | | | | | |
|---|----|--|--|--|------------------|------------------|
| Eventualverbindlichkeiten | 31 | | | | | |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen | | | | | 1.693.844 | 304.100 |
| | | | | | 1.693.844 | 304.100 |
| Andere Verpflichtungen | 31 | | | | | |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | | | 1.660.860 | 1.486.285 |
| | | | | | 1.660.860 | 1.486.285 |

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2015

| Aufwendungen | Anhang Textziffern | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Vorjahr Tsd. € |
|--|--------------------|---------|---------|---------|------------------|------------------|
| Zinsaufwendungen | 20, 22, 29 | | | | | |
| a) Zinsaufwendungen ohne Berücksichtigung positiver Zinsen | | | | 264.617 | | 418.564 |
| b) positive Zinsen | | | | -12.971 | | -777 |
| | | | | | 251.646 | 417.787 |
| davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen | | | | 44 | | (302) |
| Provisionsaufwendungen | 23, 29 | | | | 147.182 | 137.075 |
| Nettoaufwand des Handelsbestandes | 24, 29 | | | | 0 | 8.293 |
| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | 25 | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | | 229.400 | | | 238.501 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | | 152.615 | | | 97.557 |
| darunter: für Altersversorgung | | 115.384 | | | | (58.441) |
| | | | | 382.015 | | 336.058 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | | 477.841 | | 428.135 |
| | | | | | 859.856 | 764.193 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | 10 | | | | 29.809 | 34.804 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | | | 142.660 | 195.625 |
| davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen | | | | 64.620 | | (62.927) |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | 26 | | | | 77.274 | 148.333 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | 8 | | | | 31.879 | 50.506 |
| Aufwand Bankenabgabe | | | | | 16.588 | 570 |
| Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | | | 59 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 27 | | | | 12.771 | 12.771 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 28 | | | | -488 | 9.054 |
| Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen | | | | | -3.893 | -3.626 |
| Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne | | | | | 12.000 | 46.683 |
| Jahresüberschuss | | | | | 0 | 0 |
| Summe der Aufwendungen | | | | | 1.577.343 | 1.822.068 |

| Erträge | Anhang Textziffern | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Tsd. € | Vorjahr Tsd. € |
|---|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|------------------|---------------------------|
| Zinserträge aus | 22, 29 | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | | | | | |
| aa) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen | | | 860.654 | | | 968.144 |
| ab) negative Zinsen | | | -6.516 | | | -53 |
| | | | | 854.138 | | 968.091 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | | | | | |
| ba) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen | | | 101.925 | | | 176.011 |
| bb) negative Zinsen | | | 0 | | | 0 |
| | | | | 101.925 | | 176.011 |
| | | | | | 956.063 | 1.144.102 |
| davon: Abzinsung der bankspezifischen Rückstellungen | | | | 132 | | (0) |
| Laufende Erträge aus | 22, 29 | | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | | | 2.582 | | 11.063 |
| b) Beteiligungen | | | | 25.502 | | 8.139 |
| | | | | | 28.084 | 19.202 |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | 22, 29 | | | | 10 | 83.098 |
| Provisionserträge | 23, 29 | | | | 390.862 | 392.719 |
| Nettoertrag des Handelsbestands | 24, 29 | | | | 12.197 | 0 |
| davon: Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB) | | | | -1.355 | | (0) |
| Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | 8 | | | | 35.627 | 77.786 |
| Sonstige betriebliche Erträge | | | | | 154.500 | 105.161 |
| davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen | | | | 14 | | (215) |
| Jahresfehlbetrag | | | | | - | - |
| Summe der Erträge | | | | | 1.577.343 | 1.822.068 |

Eigenkapitalspiegel

| | Gezeichnetes Kapital | Kapitalrücklage | Gewinnrücklagen andere Gewinnrücklagen | Bilanzgewinn/ Bilanzverlust | Eigenkapital gesamt |
|-----------------------------|----------------------|-----------------|---|--------------------------------|------------------------|
| in Mio. € | Grundkapital | | | | |
| Stand zum 31.12.2014 | 1.200 | 920 | 41 | 0 | 2.161 |
| Kapitalerhöhungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kapitalherabsetzungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Stand zum 31.12.2015 | 1.200 | 920 | 41 | 0 | 2.161 |

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die LBB/BSK nach § 264 Absatz 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die Anlage 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 21 (DRS 21).

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die LBB/BSK weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

| in Mio. € | 2015 |
|--|---------------|
| Jahresüberschuss | 0 |
| Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten | |
| Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens | 130 |
| Erfolgswirksame Veränderungen der Rückstellungen | 213 |
| Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge | 373 |
| Ergebnis aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens | -38 |
| Sonstige Anpassungen (Saldo) | -1.087 |
| Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit (nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile) | |
| Forderungen an Kreditinstitute | 2.007 |
| Forderungen an Kunden | 1.402 |
| Handelsaktiva | 502 |
| Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen oder Handelsaktiva) | 3.768 |
| Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit | 218 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | -691 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | -431 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | -5.490 |
| Handelspassiva | -3.039 |
| Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit | -369 |
| Erhaltene Zinsen und Dividenden | 1.502 |
| Gezahlte Zinsen | -396 |
| Außerordentliche Einzahlungen | 0 |
| Außerordentliche Auszahlungen | 0 |
| Ertragsteuerzahlungen | -10 |
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | -1.436 |
| Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 1.973 |
| Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 12 |
| Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögenswerten | 0 |
| Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -448 |
| Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen | -11 |
| Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten | -5 |
| Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit | 0 |
| Einzahlungen aus außerordentlichen Posten | 0 |
| Auszahlungen aus außerordentlichen Posten | 0 |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | 1.521 |
| Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen | 0 |
| Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen | 0 |
| Einzahlungen aus außerordentlichen Posten | 0 |
| Auszahlungen aus außerordentlichen Posten | 0 |
| Gezahlte Dividenden | 0 |
| Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo) | 0 |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | 0 |
| Finanzmittelfonds zum 1.1. | 791 |
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | -1.436 |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | 1.521 |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | 0 |
| Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | 0 |
| Finanzmittelfonds zum 31.12. | 876 |

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der LBB/BSK zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwen-

dungen bereinigt. Gemäß DRS 21 werden insbesondere zahlungswirksame Zins- und Dividendenzahlungen sowie Steuerzahlungen im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen. Demnach wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „Sonstige Anpassungen (Saldo)“ unter anderem um das Zinsergebnis sowie die Ertragsteueraufwendungen bereinigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern insbesondere die Veränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Anhang der Landesbank Berlin AG 2015

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (LBBH) und in den Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, (Erwerbsgesellschaft) einbezogen (kleinster und größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 und 14a HGB).

Der Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der gesamte Geschäftsbetrieb der LBB wird unabhängig vom Marktauftritt in der Berliner Sparkasse abgebildet. Die Berliner Sparkasse (BSK) ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wird als Zweigniederlassung der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft Landesbank Berlin AG geführt. Im Folgenden wird daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG / Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB/BSK wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten. Das Formblatt für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde bei den Zinsaufwendungen um einen separaten Ausweis der positiven Zinsen sowie bei den Zinserträgen um einen separaten Ausweis der negativen Zinsen ergänzt.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen (Näheres unter Haftungsverhältnissen), wurden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmertätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB angesetzt.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market-Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value-at-Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird das Maximum des Value-at-Risk für eine historische Periode von einem Jahr und einem exponentiell gewichteten kurzfristigen historischen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die dem Verfahren zugrunde liegenden Parameter sind ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Handelstagen. Der Risikoabschlag in Höhe von 2,7 Mio. € (Vj.: 6,0 Mio. €) wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Marktbewertung

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt. Um auch dem Kontrahentenausfallrisiko aus OTC-Derivaten Rechnung zu tragen, wird darüber hinaus ein Credit Valuation Adjustment (CVA) berücksichtigt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtweitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuches werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenübergestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches wird beachtet (IDW RS BFA 3). Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

Bewertungseinheiten

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

Somit werden Bestände, die im direkten Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgesichert. Es werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die LBB/BSK für alle Bewertungseinheiten die Critical Terms Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vom Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Die bilanzielle Abbildung für darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten aus dem nicht abgesicherten Risiko richtet sich danach, ob diese dem Grundgeschäft (Darlehen oder Wertpapier) oder dem Sicherungsgeschäft (Derivat) zuzurechnen sind. Ist die negative Unwirksamkeit dem Derivat zuzurechnen, erfolgt eine entsprechende bilanzielle Vorsorge in Höhe der Unwirksamkeit. Bei Wertpapieren wird nur dann eine bilanzielle Vorsorge gebucht, wenn diese auf Basis der Anwendung des gemilderten (Anlagevermögen) bzw. strengen Niederstwertprinzips (Liquiditätsbestand) erforderlich ist. Positive Unwirksamkeiten bleiben dem Realisationsprinzip folgend ohne bilanziellen Ansatz.

Aufrechnung

Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus Geschäften mit der Eurex Clearing AG resultieren (Wertpapierpensions-, Optionsgeschäfte), werden miteinander aufgerechnet, sofern kumulativ erfüllt ist, dass diese Geschäfte in der gleichen Währung geführt werden und über gleiche Fälligkeiten verfügen.

Des Weiteren werden im Handelsbestand bilanzierte OTC-Derivate unter Einbeziehung der Sicherheitsleistung je Kontrahent verrechnet ausgewiesen, sofern sie unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang abgeschlossen wurden und ein täglicher Ausgleich der Sicherheitsleistungen erfolgt.

Zum 31.12.2015 betrug der Aufrechnungsbetrag in Summe 5.310,1 Mio. € (Vj.: 5.898,3 Mio. €).

Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) bzw. nach dem Barwertverfahren der erreichten Anwartschaft. Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 3,89 % (Vj.: 4,53 %) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5–5,0 % (Vj.: 2,5–5,0 %) und als Rententrend 1,00–2,00 % (Vj.: 1,00–2,10 %) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG im Jahr 2010 entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 30.12.2015 16:30 Uhr verwendet. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|---------------|---------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | | |
| bis drei Monate | 3.273 | 3.859 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 7.055 | 8.124 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 3.848 | 4.025 |
| mehr als fünf Jahre | 548 | 844 |
| Insgesamt | 14.724 | 16.852 |
| Forderungen an Kunden | | |
| bis drei Monate | 2.908 | 3.779 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 1.544 | 1.646 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 5.010 | 5.523 |
| mehr als fünf Jahre | 7.262 | 7.274 |
| davon mit unbestimmter Laufzeit | (1.181) | (1.197) |
| Insgesamt | 16.724 | 18.222 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | |
| bis drei Monate | 7.345 | 7.412 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 437 | 473 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 746 | 1.250 |
| mehr als fünf Jahre | 403 | 559 |
| Insgesamt | 8.931 | 9.694 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten | | |
| bis drei Monate | 506 | 17 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 2.246 | 2.744 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 12 | 14 |
| mehr als fünf Jahre | 1 | 1 |
| Insgesamt | 2.765 | 2.776 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen | | |
| bis drei Monate | 20.224 | 20.168 |
| mehr als drei Monate bis ein Jahr | 550 | 824 |
| mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 411 | 503 |
| mehr als fünf Jahre | 63 | 71 |
| Insgesamt | 21.248 | 21.566 |

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|------------|------------|
| Enthalten in Position | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 3.276 | 6.240 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten/begebene Schuldverschreibungen | 1.847 | 7.965 |

(3) Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgende Risiken abgesichert:

| 31.12.2015 | Grund- geschäft | Sicherungsgeschäft | | | |
|--------------------------|--------------------|-------------------------------|---------------------|-------------------|---------------------|
| | | Zins- änderungs- risiko | Währungs- risiko | Aktien- risiko | Bonitäts- risiko |
| Nominalwert in Mio. € | | | | | |
| Vermögensgegenstände | 7.456 | x | x | | |
| Schulden | 2.223 | x | x | | |
| schwebende Geschäfte | 35 | x | | | |

darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 9.605,6 Mio. €

(4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|------------|------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 5.275 | 5.706 |
| Forderungen an Kunden | 601 | 543 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 531 | 1.171 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 85 | 159 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | 64 | 64 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 212 | 199 |

(5) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|------------|------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 33 | 7 |
| Forderungen an Kunden | 40 | 50 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 43 | 42 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 12 | 13 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 20 | 20 |

(6) Nachrangige Aktiva

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--------------------------------|------------|------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 40 | 40 |

(7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

| 31.12.2015 in Mio. € | Buchwert (BW) | Marktwert (MW) | Differenz MW-BW | Ausschüttung | unterlassene Abschreibungen |
|--------------------------------|----------------------|-----------------------|------------------------|---------------------|------------------------------------|
| Rentenfonds | 242 | 246 | 4 | 2 | 0 |

(8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

| in Mio. € | Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾ | Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | Beteiligungen | Anteile an verbundenen Unternehmen |
|---|--|---|----------------------|---|
| Buchwert zum 31.12.2014²⁾ | 6.465 | 247 | 166 | 246 |
| Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2014²⁾ | 6.449 | 278 | 215 | 257 |
| Zugänge 2015 | 448 | 0 | 0 | 0 |
| Abgänge 2015 | 1.937 | 0 | 9 | 0 |
| Umbuchungen 2015 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Effekte aus Wechselkursänderungen | 66 | 0 | 0 | 0 |
| Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2015²⁾ | 5.026 | 278 | 206 | 257 |
| Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2014 | -16 | 31 | 49 | 11 |
| Zugänge 2015 ³⁾ | 10 | 5 | 15 | 0 |
| Abgänge 2015 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuschreibungen 2015 | 4 | 0 | 0 | 0 |
| Umbuchungen 2015 | 18 | 0 | 0 | 0 |
| Effekte aus Wechselkursänderungen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2015 | 8 | 36 | 64 | 11 |
| Buchwert zum 31.12.2015²⁾ | 5.018 | 242 | 142 | 246 |

1) In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erwiesen, erfolgte die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere lag dann über den im Anlagespiegel genannten Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten wurden nicht überschritten.

2) Nicht enthalten sind anteilige Zinsen. Diese betragen in 2015 23 Mio. € (Vj.: 27 Mio. €).

3) In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurden im laufenden Jahr Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, Satz 5 HGB in Höhe von 0 Mio. € (Vj.: 0 Mio. €) und nach § 253 Abs. 3, Satz 6 HGB in Höhe von 9 Mio. € (Vj.: 1 Mio. €) vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

| in Mio. € | Buchwerte | beizulegende Zeitwerte | unterlassene Abschreibungen kumuliert | |
|-----------------------|------------------|-------------------------------|--|-------------------|
| | | | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Schuldverschreibungen | 1.315 | 1.275 | 40 | 25 |
| Insgesamt | 1.315 | 1.275 | 40 | 25 |

Die LBB/BSK hat die Absicht und die Fähigkeit vorübergehend im Wert geminderte Wertpapiere des Anlagevermögens bis zur Endfälligkeit zu halten. Dabei unterliegen die Positionen einem laufenden standardisierten Überwachungsverfahren. In der LBB/BSK werden Wertminderungen für Schuldverschreibungen als nicht dauerhaft angesehen, wenn sie allein auf zins-, liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen

zurückzuführen sind. Da die hier ausgewiesenen Wertminderungen nicht auf eine wesentliche Verschlechterung der Bonität der Emittenten zurückzuführen sind und keine Zweifel an der künftig störungsfreien Bedienung der Zinszahlungen und Tilgungen bestehen, war keine dauernde Wertminderung zum Bilanzstichtag anzunehmen. Im Falle, dass dauerhafte Wertminderungen identifiziert werden, erfolgt eine entsprechende Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert.

(9) Handelsbestand aktiv

| Beizulegender Zeitwert in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|--------------|--------------|
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 58 | 457 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 19 | 41 |
| derivative Finanzinstrumente | 959 | 1.441 |
| Zwischensumme | 1.036 | 1.939 |
| Risikoabschlag (VaR) | -3 | 0 |
| Insgesamt | 1.033 | 1.939 |

(10) Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 23 Mio. € (Vj.: 23 Mio. €) genutzt. Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 64 Mio. € (Vj.: 65 Mio. €) enthalten.

Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige, überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

| <u>Immaterielle Vermögensgegenstände/Sachanlagen</u> | <u>Nutzungsdauer</u> |
|--|----------------------|
| Gebäude | 25/33/50 Jahre |
| Mietereinbauten | 15/25/33 Jahre |
| Einrichtungsgegenstände | 8–13 Jahre |
| Betriebsvorrichtungen | 5–25 Jahre |
| Büromaschinen/EDV-Anlagen | 3–8 Jahre |
| Fernsprechanlagen | 8–11 Jahre |
| Kraftfahrzeuge | 6 Jahre |
| Software | 3–5 Jahre |

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- € werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- € netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- € brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlageklasse über 3 bis 13 Jahre abgeschrieben werden.

Entwicklung der Sachanlagen und Immateriellen Vermögensgegenstände:

| in Mio. € | a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | c) geleistete Anzahlungen | Immaterielle Anlagewerte gesamt | Sachanlagen |
|--|--|---|---------------------------|---------------------------------|-------------|
| Buchwert zum 31.12.2014 | 2 | 36 | 0 | 38 | 88 |
| Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2014 | 3 | 189 | 0 | 192 | 291 |
| Zugänge 2015 | 0 | 5 | 0 | 5 | 12 |
| Abgänge 2015 | 0 | 15 | 0 | 15 | 16 |
| Umbuchungen 2015 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Effekte aus Wechselkursänderungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2015 | 3 | 179 | 0 | 182 | 287 |
| Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2014 | 1 | 153 | 0 | 154 | 203 |
| Zugänge 2015 ¹⁾ | 0 | 17 | 0 | 17 | 12 |
| Abgänge 2015 | 0 | 13 | 0 | 13 | 15 |
| Zuschreibungen 2015 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Umbuchungen 2015 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Effekte aus Wechselkursänderungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2015 | 1 | 157 | 0 | 158 | 200 |
| Buchwert zum 31.12.2015 | 2 | 22 | 0 | 24 | 87 |

1) Im laufenden Jahr wurden keine Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB (Vj.: 0 Mio. €) vorgenommen.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 0,3 Mio. € (Vj.: 1,0 Mio. €), davon entfallen 0,1 Mio. € (Vj.: 0,5 Mio. €) auf selbst geschaffene Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

(11) Börsenfähigkeit/Börsennotierung

| in Mio. € | börsenfähig | | börsennotiert | | nicht börsennotiert | |
|---|-------------|------------|---------------|------------|---------------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 12.545 | 17.781 | 12.385 | 17.493 | 160 | 288 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 56 | 57 | 0 | 0 | 56 | 57 |
| Beteiligungen | 3 | 3 | 0 | 0 | 3 | 3 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

(12) Bestände in Fremdwährung

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|----------------------|------------|------------|
| Vermögensgegenstände | 1.594 | 2.283 |
| Verbindlichkeiten | 2.246 | 1.625 |

(13) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

| Nominalwert in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|--------------|---------------|
| verpfändet bei dem ESZB | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen | 2.703 | 13.087 |
| Wirtschaftskredite ¹⁾ | 1.156 | 1.672 |
| bei der Eurex hinterlegt | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen | 1.899 | 1.175 |
| Sicherheitenstellung i. R. v. Pensions- und Leihgeschaften | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen | 35 | 693 |
| Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen | 407 | 660 |
| Insgesamt | 6.200 | 17.287 |

1) Beleihungswert

Am Jahresende erfolgte keine Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände (Vj.: 2.300 Mio. €).

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 4 Mio. € (Vj.: 3 Mio. €) zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 5.415 Mio. € (Vj.: 2.373 Mio. €).

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 130 Mio. € (Vj.: 235 Mio. €) an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

(14) Sonstige Vermögensgegenstände

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|------------|------------|
| Forderungen aus Collateral | 601 | 744 |
| Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps | 118 | 140 |
| übrige | 39 | 75 |
| Insgesamt | 758 | 959 |

(15) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 46,0 Mio. € (Vj.: 63,4 Mio. €) sowie von Wertpapieren in Höhe von 1,3 Mio. € (Vj.: 1,8 Mio. €).

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 3,0 Mio. € (Vj.: 4,0 Mio. €).

(16) Handelsbestand passiv

| Beizulegender Zeitwert in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|-------------------------------------|------------|--------------|
| Verbindlichkeiten | 174 | 3.185 |
| derivative Finanzinstrumente | 376 | 452 |
| Zwischensumme | 550 | 3.637 |
| Risikoabschlag (VaR) | 0 | 6 |
| Insgesamt | 550 | 3.643 |

(17) Sonstige Verbindlichkeiten

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|------------|--------------|
| Verbindlichkeiten aus Collateral | 703 | 855 |
| Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps | 118 | 130 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen | 21 | 11 |
| Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden | 3 | 7 |
| Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten | 5 | 5 |
| Übrige | 89 | 111 |
| Insgesamt | 939 | 1.119 |

(18) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 4,1 Mio. € (Vj.: 6,9 Mio. €) ausgewiesen.

(19) Rückstellungen

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

| in Mio. € | 31.12.2014 | Verbrauch | Auflösung | Umbuchung | Zuführung | Aufzinsung | 31.12.2015 |
|--|------------|-----------|-----------|------------|------------|------------|------------|
| Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 735 | 35 | 0 | -12 | 126 | 38 | 852 |
| Insgesamt | 735 | 35 | 0 | -12 | 126 | 38 | 852 |

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 115 Mio. € (Vj.: 128 Mio. €).

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

| in Mio. € | 31.12.2014 | Verbrauch | Auflösung | Umbuchung | Zuführung | Aufzinsung | 31.12.2015 |
|--|------------|------------|-----------|------------|------------|------------|------------|
| Steuerrückstellungen | 15 | 10 | 5 | 0 | 4 | 0 | 4 |
| Restrukturierung | 363 | 36 | 38 | -24 | 18 | 19 | 302 |
| Finanzgeschäfte | 22 | 0 | 1 | -20 | 3 | 0 | 4 |
| Kreditgeschäft | 7 | 0 | 1 | 3 | 1 | 0 | 10 |
| Personalbereich | 67 | 25 | 2 | 27 | 15 | 1 | 83 |
| Sparprämien | 7 | 6 | 0 | 0 | 7 | 0 | 8 |
| Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds | 52 | 1 | 0 | 0 | 0 | 6 | 57 |
| Sonstige | 152 | 55 | 20 | 0 | 56 | 1 | 134 |
| andere Rückstellungen insgesamt | 670 | 123 | 62 | -14 | 100 | 27 | 598 |

(20) Nachrangige Verbindlichkeiten

| 31.12.2015 lfd. Nr. | Nominalwerte in Mio. Währung | Nominalwerte in Mio. € | Zinssatz in % | Fälligkeit |
|---------------------|------------------------------|------------------------|-------------------|------------|
| (1) | € | 1 | 6,6000 | 2018 |
| (2) | € | 1 | 6,6000 | 2018 |
| (3) | € | 1 | 6,7000 | 2018 |
| (4) | € | 3 | 6,6800 | 2018 |
| (5) | € | 5 | 6,6100 | 2018 |
| (6) | € | 5 | 6,6300 | 2018 |
| (7) | € | 5 | 6,6400 | 2018 |
| (8) | € | 5 | 6,6550 | 2018 |
| (9) | € | 7 | 6,6800 | 2018 |
| (10) | * JPY | 1.000 | FRN | 2018 |
| (11) | € | 10 | 6,7000 | 2018 |
| (12) | € | 10 | 6,8200 | 2018 |
| (13) | € | 10 | 6,8200 | 2018 |
| (14) | * JPY | 2.000 | FRN | 2018 |
| (15) | € | 20 | 6,6000 | 2018 |
| (16) | # € | 20 | 6,6250 | 2018 |
| (17) | € | 1 | 5,6000 | 2019 |
| (18) | € | 1 | 5,6700 | 2019 |
| (19) | € | 5 | 5,6700 | 2019 |
| (20) | * € | 75 | mindestens 4,7500 | 2019 |
| (21) | € | 500 | 5,8750 | 2019 |
| (22) | € | 10 | 5,8500 | 2020 |
| (23) | * JPY | 15.000 | 5,1500 | 2027 |

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen und die mit (#) gekennzeichneten bei Beteiligungsunternehmen. Die Mittelaufnahmen (21) und (23) überstiegen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (20) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31.03.2009, danach 4,75 % + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 20,9 Mio. € (Vj.: 22,5 Mio. €) unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 26,5 Mio. € (Vj.: 24,0 Mio. €).

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Zum 31.12.2015 sind von den nachrangigen Verbindlichkeiten 629,9 Mio. € (Vj: 758,5 Mio. €) als Ergänzungskapital anrechenbar. Davon erfüllen 454,3 Mio. € (Vj: 576,2 Mio. €) die Voraussetzungen des Artikels 62 Buchstabe a und des Artikels 63 der CRR. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 175,6 Mio. € (Vj: 182,3 Mio. €) entsprechen den Vorgaben des Artikels 484 Nr. 5 und des Artikels 486 der CRR und werden ebenfalls als Ergänzungskapital angerechnet.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 137,3 Mio. € (Vj.: 123,9 Mio. €) in Fremdwährung aufgenommen. 717,6 Mio. € (Vj.: 705,4 Mio. €) sind vor Ablauf von 5 Jahren fällig.

(21) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31.12.2015 1.200,0 Mio. € und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920,0 Mio. € (Vj.: 920,0 Mio. €) und eine Gewinnrücklage in Höhe von 41,2 Mio. € (Vj.: 41,2 Mio. €).

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,6 Mio. € ausschüttungsgesperrt.

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 0,6 %.

Gewinn- und Verlustrechnung

(22) Zinsüberschuss

| in Mio. € | 2015 | 2014 |
|--|------------|--------------|
| Zinserträge | 956 | 1.144 |
| aus Kredit- und Geldmarktgeschäften | 854 | 968 |
| aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 102 | 176 |
| Laufende Erträge | 28 | 19 |
| aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 3 | 11 |
| aus Beteiligungen | 25 | 8 |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften | 0 | 83 |
| Zinsaufwendungen | 251 | 418 |
| für Einlagen | 105 | 172 |
| für verbrieftete Verbindlichkeiten | 125 | 223 |
| für nachrangige Verbindlichkeiten | 21 | 23 |
| Insgesamt | 733 | 828 |

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwendungen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vj.: 0,1 Mio. €) und aperiodische Zinserträge in Höhe von 0,9 Mio. € (Vj.: 1,5 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

| in Mio. € | 2015 | 2014 |
|--|------------|------------|
| Wertpapier- und Emissionsgeschäft | 33 | 33 |
| Zahlungsverkehr/Kontoführung | 95 | 97 |
| Kreditgeschäft | 28 | 28 |
| Kreditgeschäft | 26 | 26 |
| Avalprovisionen | 0 | 0 |
| Auslandsgeschäft | 2 | 2 |
| Kartengeschäft | 70 | 81 |
| Sonstiges Dienstleistungsgeschäft | 18 | 17 |
| Sorten-/Devisengeschäft | 1 | 1 |
| Sonstige Dienstleistungen | 17 | 16 |
| Insgesamt | 244 | 256 |

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten an Verbundpartner (Kredite, Versicherungen, Vermögensverwaltungen und Bausparverträge).

(24) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands

| in Mio. € | 2015 | 2014 |
|--|------|------|
| Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands | 12 | -8 |

(25) Andere Verwaltungsaufwendungen

| in Mio. € | 2015 | 2014 |
|--------------------------------------|------------|------------|
| Gebäude- und Raumkosten | 99 | 98 |
| EDV | 111 | 114 |
| Werbung und Marketing | 25 | 26 |
| Beratungen, Prüfungen, Beiträge | 35 | 26 |
| Geschäftsbetriebskosten | 76 | 56 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2 | 2 |
| Personalabhängige Sachkosten | 8 | 8 |
| Sonstige Konzernleistungsverrechnung | 122 | 98 |
| Insgesamt | 478 | 428 |

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

(26) Risikovorsorge

| in Mio. € | 2015 | 2014 |
|--|-----------|------------|
| Risikovorsorge im Kreditgeschäft | 77 | 152 |
| Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve | 0 | -4 |
| Insgesamt | 77 | 148 |

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil sich entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt¹⁾:

| in Mio. € | Adressenrisiko | | | | | | | | Länderrisiko Kreditgeschäft | | Summe | | | |
|--|---------------------------|----------|-----------------------------|------------|-------------------------------|-----------|----------------------------------|----------|--------------------------------|-----------|------------|------------|-----------|------------|
| | Direkt- abschreibungen | | Einzelwert- berichtigung | | Pauschalwert- berichtigung | | Rückstellungen Kreditgeschäft | | | | Bestand | | GuV | |
| | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 | 2015 | 2014 |
| Stand 01.01. | | | 525 | 488 | 91 | 57 | 7 | 8 | 20 | 13 | 643 | 566 | | |
| Zuführungen | 0 | 0 | 122 | 161 | 2 | 37 | 1 | 2 | 1 | 14 | 126 | 214 | 126 | 214 |
| Inanspruch- nahmen | 0 | 0 | 80 | 88 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 80 | 89 | 0 | 0 |
| Auflösungen | 0 | 0 | 42 | 50 | 0 | 3 | 2 | 4 | 6 | 8 | 50 | 65 | 50 | 65 |
| Direkt- abschrei- bungen | 11 | 9 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 11 | 9 |
| Eingänge auf abgeschrie- bene Forde- rungen | 10 | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 10 | 6 |
| Umbu- chungen ²⁾ | 0 | 0 | -4 | 13 | -4 | 0 | 4 | 2 | -1 | 1 | -5 | 16 | 0 | 0 |
| Wechsel- kurs- änderungen | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Stand 31.12.¹⁾ | 1 | 3 | 521 | 525 | 89 | 91 | 10 | 7 | 14 | 20 | 634 | 643 | 77 | 152 |

1) ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 2,8 Mio. € (Vj.: 3,3 Mio. €)

2) Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 4,7 Mio. € (Vj.: 1,3 Mio. €)

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|------------|------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 46 | 52 |
| Forderungen an Kunden ¹⁾ | 570 | 584 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 8 | 0 |
| Rückstellungen | 10 | 7 |
| Insgesamt | 634 | 643 |

1) Angaben ohne Altkredite

(27) Außerordentliche Aufwendungen

Zuführungen zu Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB wurden in Höhe von 13 Mio. € (Vj.: 13 Mio. €) vorgenommen.

(28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der LBBH wird das inländische Ergebnis bei dieser versteuert. Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB/BSK entfallen, werden beim Organträger LBBH ausgewiesen.

(29) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

| in Mio. € | Private Kunden | Firmenkunden | Treasury und Sonstiges | Gesamt |
|--|----------------|--------------|------------------------|--------|
| Zinsüberschuss | 323 | 218 | 192 | 733 |
| Provisionsüberschuss | 212 | 47 | -15 | 244 |
| Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands ¹⁾ | 0 | 6 | 6 | 12 |

1) Unter Firmenkunden sind nach Abgang entsprechender Kundenderivate netto Auflösungen von Portfolio Credit Value Adjustments enthalten.

Sonstige Angaben

(30) Außerbilanzielles Geschäft/Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19.12.2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der LBBH mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die LBBH ein Festbetrag von jährlich 15,0 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB/BSK entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB/BSK zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor. Der von der LBB/BSK zu tragende Anteil betrug in 2015 5,9 Mio. € (Vj.: 5,7 Mio. €).

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31.08.2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 09.12.2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB/BSK und der LBBH sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB/BSK ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und damit auch im als Institutssicherungssystem anerkannten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Im Zuge der Umsetzung des am 03.07.2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) wurde eine neue Berechnungssystematik für die Zielvolumina im Sicherungssystem beschlossen. Das jährlich anhand von Daten des 31.12. des Vorjahres zu berechnende Zielvolumen ist von den Mitgliedsinstituten bis 03.07.2024 aufzubringen (Auffüllphase). Der dafür erforderliche jährliche Beitrag wird jeweils bis zum 31.05. des laufenden Jahres vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) als Träger des Sicherungssystems ermittelt. Im Falle eines Entschädigungs- oder Stützungsfall eines Mitgliedsinstitutes können sofortige Sonder- oder Zusatzbeiträge erhoben werden, deren Höhe aus heutiger Sicht nicht voraussehbar ist.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolios wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cash Flows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). Unterschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, hat der jeweilige Gesellschafter einen entsprechenden Ertragszuschuss an die SKP zu leisten. Überschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, kommt es zu anteiligen Ausgleichszahlungen zwischen den Gesellschaftern. Das Volumen des von der LBB/BSK garantierten Kreditportfolios betrug zum 31.12.2015 noch 9,9 Mio. € (Vj.: 21,3 Mio. €).

Patronatserklärungen sind durch die LBB/BSK nicht abgegeben. Das Patronat zugunsten der Berlin Hyp AG endete zum 31.12.2014. Für die bis zum 31.12.2014 eingegangenen Verpflichtungen der Berlin Hyp AG besteht das Patronat fort.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2027 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 683,7 Mio. € (Vj.: 758,2 Mio. €).

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 1,9 Mio. € (Vj.: 2,8 Mio. €).

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB/BSK verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrags zu erwerben. Unter Berücksichtigung der in 2014 und 2015 erfolgten vorzeitigen Ausübung von Andienungsrechten besteht die Erwerbsverpflichtung zum 31.12.2015 noch in Höhe von 79,5 Mio. € (Vj.: 82,3 Mio. €). Zur Absicherung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 57,3 Mio. € (Vj.: 52,9 Mio. €).

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen aus Leihegebühren für die verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Wert von 145 Mio. € (Vj.: 1.800 Mio. €) verliehen und im Wert von 670 Mio. € (Vj.: 3.656 Mio. €) entliehen.

Für die LBB/BSK besteht eine Nachschussverpflichtung für den Clearing-Fonds bei der Eurex Clearing AG, Frankfurt am Main. Sofern dieser Fonds nach einem Verwertungsereignis bei Ausfall eines anderen Clearing-Mitglieds nicht ausreichen sollte, können die nicht betroffenen Clearing-Mitglieder bis zu einer Haftungsgrenze in Höhe der zweifachen Beitragspflicht in Anspruch genommen werden. Zum 31.12.2015 beträgt die Haftungsgrenze 79,6 Mio. € (Vj.: 80,0 Mio. €).

(31) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Die LBB/BSK hat gegenüber der DekaBank zugunsten der jeweiligen Inhaber von Teilschuldverschreibungen zu den Emissionen die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die Erfüllung sämtlicher Pflichten der DekaBank aus oder im Zusammenhang mit den Emissionen übernommen. Die Eventualverbindlichkeit in Höhe von 1.410 Mio. € per 31.12.2015 wird mit dem jeweiligen Marktwert der ausstehenden Zertifikate unter der Bilanz ausgewiesen. Aufgrund der Besonderheit des Zertifikategeschäfts kann sich durch Kurssteigerungen ein höherer Garantiebetrug ergeben.

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen nicht vor.

(32) Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Unternehmen

Die LBB/BSK hat Marktfolgeaktivitäten auf das verbundene Unternehmen S-Servicepartner Berlin GmbH ausgelagert. Im Geschäftsjahr 2015 wurden für bezogene Leistungen 105 Mio. € (Vj.: 99 Mio. €) an den Dienstleister entrichtet. Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus Dienstleistungskosten und vertraglich vereinbarten Kostenerstattungen, welche aus dem ehemaligen Beteiligungsverhältnis herrühren. Letztere betreffen hauptsächlich Personalaufwendungen für ehemalige Mitarbeiter der LBB/BSK bzw. anderer verbundener Institute, die sich weiterhin nach dem Bankentarifvertrag bemessen.

(33) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Herr Serge Demolière hat zum 31.10.2015 sein Amt als Mitglied des Vorstands der LBB/BSK niedergelegt. Herr Demolière leitete das Ressort Kapitalmarktgeschäft, dessen kundenorientierte Bestandteile zwischenzeitlich aus der LBB/BSK ausgegliedert und an die DekaBank veräußert wurden. Herr Hans Jürgen Kulartz hat zum 01.11.2015 die Zuständigkeit für den Bereich Treasury der LBB/BSK übernommen.

Im Berichtszeitraum erfolgten keine Änderungen der bestehenden dienstvertraglichen Regelungen (Vorstandsverträge). Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung am 20.03.2015 die turnusmäßige Überprüfung (2-Jahresrhythmus) der ruhegehaltstfähigen Festgehälter vorgenommen und beraten. Es erfolgte keine Anpassung. Die nicht ruhegehaltstfähigen Festbezüge sind für 2015 ebenfalls unverändert zum Vorjahr geblieben.

Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung am 26.06.2015 über die variablen erfolgsabhängigen Vorstandsvergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde eine Vorbehaltstantieme (2. Rate) i.H.v. 80 Tsd. € gewährt, die zu 50 % im Geschäftsjahr 2015 ausbezahlt wurde. Für die Nachhaltigkeitsprüfung für das Geschäftsjahr 2010 (50 % der im Jahr 2012 festgesetzten Vorbehaltstantieme für 2010 (Rate 1), gebunden in nachhaltigen Instrumenten) wurden 70 % gewährt (93,45 Tsd. €). Für das Geschäftsjahr 2014 wurde wie im Vorjahr für das Geschäftsjahr 2013 keine Zieltantieme festgesetzt.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates der LBB/BSK hat sich gegenüber dem 31.12.2014 dahingehend verändert, dass das Mandat von Herrn Helmut Späth mit Ablauf des 29.07.2015 geendet hat. Frau Dr. Eva Lohse und die Herren Ringo Bischoff, Dr. Michael Ermrich, Bernd Fröhlich und René Jacobs sind entsprechend einer satzungsmäßigen Vergrößerung des Aufsichtsratsgremiums von 16 auf 20 Mitglieder mit Wirkung vom 29.07.2015 in den Aufsichtsrat eingetreten.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates der LBB/BSK wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

| in Tsd. € | 2015 | 2014 |
|---|-------------------|-------------------|
| Gesamtbezüge des Vorstands | 3.537 | 3.911 |
| <i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i> | <i>(70)</i> | <i>(0)</i> |
| Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾ | 282 | 258 |
| Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern | 1.928 | 1.664 |
| an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ²⁾ | 7.134 | 6.876 |
| in Tsd. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zurückgestellt | 8.444 | 9.412 |
| für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen zurückgestellt | 88.069 | 78.989 |

1) ohne Umsatzsteuer

2) darin enthalten für Vorjahre 63 Tsd. € (Vj.: 0 Tsd. €)

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

| in Tsd. € | 2015 | 2014 |
|---------------------------------|------|------|
| an Mitglieder des Vorstands | 9 | 4 |
| an Mitglieder des Aufsichtsrats | 299 | 86 |

Die Salden beinhalten Annuitätendarlehen, die zu marktüblichen Kundenkonditionen gewährt wurden, sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates resultieren die Veränderungen im Wesentlichen aus der personellen Zusammensetzung.

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2015 folgende Vergütungen:

| in Tsd. € | Jahresvergütung | | | Sonstige Vergütungen ¹⁾ | Gesamt |
|---|------------------------------|---|---|------------------------------------|--------------|
| | Erfolgsunabhängige Vergütung | Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 | Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2013 | | |
| Mitglieder des Vorstands | | | | | |
| Dr. Johannes Evers | 860 | 0 | 42 | 40 | 942 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(330)</i> | | | | |
| Volker Alt | 480 | 0 | 0 | 30 | 510 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig³⁾</i> | <i>(100)</i> | | | | |
| Serge Demolière ²⁾ | 854 | 0 | 3 | 6 | 863 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(408)</i> | | | | |
| Hans Jürgen Kulartz | 659 | 0 | 25 | 27 | 711 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(246)</i> | | | | |
| Tanja Müller-Ziegler | 480 | 0 | 0 | 31 | 511 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig³⁾</i> | <i>(100)</i> | | | | |
| Vergütung 2015 gesamt | 3.333 | 0 | 70 | 134 | 3.537 |

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 124 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 3 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) bis 31.10.2015

3) im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2014 folgende Vergütungen:

| in Tsd. € | Jahresvergütung | | | Sonstige Vergütungen ¹⁾ | Gesamt |
|---|------------------------------|---|---|------------------------------------|--------------|
| | Erfolgsunabhängige Vergütung | Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 | Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2012 | | |
| Mitglieder des Vorstands | | | | | |
| Dr. Johannes Evers | 860 | 0 | 0 | 52 | 912 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(330)</i> | | | | |
| Volker Alt ²⁾ | 340 | 0 | 0 | 21 | 361 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig⁵⁾</i> | <i>(71)</i> | | | | |
| Serge Demolière | 1.025 | 0 | 0 | 32 | 1.057 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(489)</i> | | | | |
| Hans Jürgen Kulartz | 659 | 0 | 0 | 46 | 705 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i> | <i>(246)</i> | | | | |
| Tanja Müller-Ziegler ³⁾ | 120 | 0 | 0 | 11 | 131 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig⁵⁾</i> | <i>(25)</i> | | | | |
| Patrick Tessmann ⁴⁾ | 722 | 0 | 0 | 23 | 745 |
| <i>davon nicht ruhegehaltstfähig⁵⁾</i> | <i>(208)</i> | | | | |
| Vergütung 2014 gesamt | 3.726 | 0 | 0 | 185 | 3.911 |

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 145 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 33 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) ab 16.04.2014

3) ab 01.10.2014

4) ab 31.10.2014

5) im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Folgende Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2015 für aktive Vorstandsmitglieder aufgewandt oder zurückgestellt:

| in Tsd. € | Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2015 ¹⁾ | Bilanzierte Pensionsrückstellung | Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2015 |
|------------------------------------|---|----------------------------------|---|
| Mitglieder des Vorstands | | | |
| Dr. Johannes Evers | 861 | 4.029 | 4.781 |
| Volker Alt ²⁾ | 136 | 236 | 236 |
| Hans Jürgen Kulartz | 794 | 3.945 | 4.588 |
| Tanja Müller-Ziegler ²⁾ | 137 | 234 | 234 |
| Insgesamt | 1.928 | 8.444 | 9.839 |

1) inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

2) Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Folgende Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2014 für aktive Vorstandsmitglieder aufgewandt oder zurückgestellt:

| in Tsd. € | | | |
|------------------------------------|---|----------------------------------|---|
| Mitglieder des Vorstands | Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2014 ¹⁾ | Bilanzierte Pensionsrückstellung | Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2014 |
| Dr. Johannes Evers | 542 | 3.168 | 4.003 |
| Volker Alt ²⁾ | 100 | 100 | 100 |
| Serge Demolière | 413 | 2.896 | 3.287 |
| Hans Jürgen Kulartz | 512 | 3.151 | 3.866 |
| Tanja Müller-Ziegler ²⁾ | 97 | 97 | 97 |
| Insgesamt | 1.664 | 9.412 | 11.353 |

1) inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

2) Für die nach dem 01.01.2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Die für das Geschäftsjahr 2015 an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeiten (jeweils ohne Umsatzsteuer):

| in Tsd. € | | | | | |
|---|--------------|--------------|--------------------------------|--------------|--------------|
| Aufsichtsratsmitglied | 2015 | 2014 | Aufsichtsratsmitglied | 2015 | 2014 |
| Georg Fahrenschon (Vors.) | 31,4 | 35,7 | Sven Herzog ³⁾ | 10,5 | 4,4 |
| Bärbel Wulff (stv. Vors.) | 28,8 | 28,6 | René Jacobs ²⁾ | 4,4 | 0,0 |
| Heiko Barten ¹⁾ | 0,0 | 6,1 | Michael Jänichen | 22,5 | 22,5 |
| Ringo Bischoff ²⁾ | 4,4 | 0,0 | Dr. Eva Lohse ²⁾ | 4,4 | 0,0 |
| Michael Dutschke ³⁾ | 13,5 | 5,6 | Thomas Mang | 16,5 | 16,5 |
| Dr. Michael Ermrich ²⁾ | 7,4 | 0,0 | Astrid Maurer ³⁾ | 10,5 | 4,4 |
| Christina Förster ³⁾ | 10,5 | 4,4 | Peter Mohr ⁵⁾ | 0,0 | 0,9 |
| Bernd Fröhlich ²⁾ | 7,0 | 0,0 | Michael Pergande ⁶⁾ | 0,0 | 5,3 |
| Dennis Gehrke ³⁾ | 10,5 | 4,4 | Helmut Schleweis | 15,2 | 11,8 |
| Gerhard Grandke | 16,5 | 16,5 | Peter Schneider | 10,5 | 10,5 |
| Artur Grzesiek | 18,5 | 18,5 | Helmut Späth ⁷⁾ | 6,1 | 10,5 |
| Gerhard Henschel ⁴⁾ | 0,0 | 6,1 | Dr. Harald Vogelsang | 16,5 | 16,5 |
| Sabine Hentschel-Vélez Garzón ¹⁾ | 0,0 | 6,1 | Frank Wolf | 16,5 | 16,5 |
| Gerald Herrmann ¹⁾ | 0,0 | 6,1 | | | |
| | 148,5 | 138,1 | | | |
| Summe | | | | 282,1 | 257,9 |
| zuzügl. USt. | | | | 45,0 | 40,4 |
| Gesamtaufwand | | | | 327,1 | 298,3 |

1) bis 31.07.2014

5) bis 31.01.2014

2) ab 29.07.2015

6) ab 01.02.2014 bis 31.07.2014

3) ab 01.08.2014

7) bis 29.07.2015

4) bis 30.06.2014

(34) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

| | 2015 | 2014 |
|----------------------|--------------|--------------|
| Vollzeitbeschäftigte | 2.739 | 2.987 |
| Teilzeitkräfte | 936 | 984 |
| Auszubildende | 193 | 182 |
| Insgesamt | 3.868 | 4.153 |

(35) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB/BSK in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

(36) Angaben über derivative Geschäfte**Anlagebuch**

| Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2015 | | | | | | |
|---|--------------|---------------|--------------|-----------------------------|------------------------|------------------------|
| in Mio. € | Restlaufzeit | | | Nominal- betrag Summe | positive Marktwerte | negative Marktwerte |
| | <= 1 Jahr | bis 5 Jahre | > 5 Jahre | | | |
| Zinsderivate | 5.707 | 17.731 | 8.472 | 31.910 | 1.388 | 803 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 5.707 | 17.731 | 8.472 | 31.910 | 1.388 | 803 |
| Zinsswaps | 5.707 | 17.731 | 8.472 | 31.910 | 1.388 | 803 |
| Forward Rate Agreements | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| sonstige Zinskontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Swaptions | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options Käufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options Verkäufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Caps, Floors | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Währungsderivate | 115 | 610 | 0 | 725 | 41 | 42 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 115 | 610 | 0 | 725 | 41 | 42 |
| Devisentermingeschäfte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Cross-Currency-Swaps | 115 | 610 | 0 | 725 | 41 | 42 |
| Devisenoptionen, Käufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Devisenoptionen, Verkäufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| sonstige Devisenkontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktienderivate und sonstige | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktien-Index-Swaps | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktien-/Indexoptionen, Käufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Embeddeds | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kreditderivate | 0 | 4 | 0 | 4 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 5.822 | 18.345 | 8.472 | 32.639 | 1.429 | 845 |

Handelsbuch

| Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2015 | | | | | | |
|--|---------------|---------------|---------------|-----------------------------|------------------------|------------------------|
| in Mio. € | Restlaufzeit | | | Nominal- betrag Summe | positive Marktwerte | negative Marktwerte |
| | <= 1 Jahr | bis 5 Jahre | > 5 Jahre | | | |
| Zinsderivate | 10.669 | 23.130 | 36.331 | 70.130 | 3.314 | 3.301 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 10.669 | 23.130 | 36.331 | 70.130 | 3.314 | 3.301 |
| Zinsswaps ¹⁾ | 9.982 | 20.315 | 28.063 | 58.360 | 3.072 | 3.048 |
| Forward Rate Agreements | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| sonstige Zinskontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Swaptions | 407 | 773 | 8.199 | 9.379 | 218 | 230 |
| Options Käufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options Verkäufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Caps, Floors | 280 | 2.042 | 69 | 2.391 | 24 | 23 |
| Währungsderivate | 2.277 | 187 | 7 | 2.471 | 28 | 40 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 2.277 | 187 | 7 | 2.471 | 28 | 40 |
| Devisentermingeschäfte | 2.216 | 2 | 0 | 2.218 | 14 | 16 |
| Cross-Currency-Swaps | 61 | 185 | 7 | 253 | 14 | 24 |
| Devisenoptionen, Käufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Devisenoptionen, Verkäufe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| sonstige Devisenkontrakte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Aktienderivate und sonstige | 67 | 28 | 0 | 95 | 22 | 22 |
| börsengehandelt | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Futures | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Options ¹⁾ | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| OTC | 67 | 28 | 0 | 95 | 22 | 22 |
| Aktien-Index-Swaps | 7 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 |
| Aktien-/Indexoptionen, Käufe | 34 | 14 | 0 | 48 | 22 | 0 |
| Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe | 26 | 14 | 0 | 40 | 0 | 22 |
| Embeddeds | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kreditderivate | 287 | 187 | 16 | 490 | 2 | 3 |
| Insgesamt ¹⁾ | 13.300 | 23.532 | 36.354 | 73.186 | 3.366 | 3.366 |

1) Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei den unter die CCP-Regelung fallenden Geschäften, bei Eurex-Geschäften sowie bei den unter die Collateral-Aufrechnung fallenden Geschäften.

Die Derivate der LBB/BSK im Anlagebuch dienen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glättstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen.

Grundsätzlich unterliegen Derivate im Anlagebuch der imparitätischen Einzelbewertung. Im Falle negativer Marktwerte sind entsprechend Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Sinne des § 249 HGB zu bilden.

In der LBB/BSK sind die im Anlagebuch geführten Derivate im Wesentlichen Bestandteil der Zinsbuchsteuerung und werden daher zusammen mit anderen Finanzinstrumenten des Zinsbuches einer verlustfreien Bewertung gemäß IDW RS BFA 3 unterzogen. Für nicht der Zinsbuchsteuerung zugeordnete Derivate im Anlagebuch bestanden zum 31.12.2015 Drohverlustrückstellungen in Höhe von 0,5 Mio. €.

Upfront Payments, die den Ausgleich positiver oder negativer Marktwerte eines Derivats im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses darstellen, sind als Anschaffungskosten anzusehen. Per 31.12.2015 sind Upfront Payments in Höhe von 0,5 Mio. € als aktivische und 9,3 Mio. € als passivische Rechnungsabgrenzungsposten bilanziell erfasst.

Zinszahlungen aus Derivaten im Anlagebuch werden zeitanteilig abgegrenzt und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus führen Collateral-Vereinbarungen zum Austausch von Sicherheitsleistungen, die unter sonstigen Vermögensgegenständen bzw. unter sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert sind.

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen. Der Ausweis in der Bilanzposition erfolgt unter Berücksichtigung der durchgeführten Aufrechnung mit den korrespondierenden Forderungen und Verbindlichkeiten aus Collateral-Vereinbarungen.

Bonitätsbedingten Ausfallrisiken wird in der Regel durch den Abschluss von Collateral-Vereinbarungen entgegengewirkt, ergänzt werden diese durch Wertanpassungen (Portfolio Credit Value Adjustments). Darüber hinaus sind folgende wesentliche Bedingungen, welche die Höhe und den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme aus Derivaten beeinflussen können, zu beachten:

Tatsächliche Zahlungen aus den Derivaten sind abhängig von zukünftigen Marktkursen und -sätzen. So ist beispielsweise bei Zinsswaps die variable Seite von in der Zukunft festzulegenden Zinssätzen (z. B. dem 3-Monats-Euribor) abhängig. Ähnlich verhält es sich bei möglichen Barausgleichen, die häufig bei optionalen Produkten sowie bei Währungsderivaten anzutreffen sind. Hier errechnet sich die Höhe der Zahlung aus der Differenz zwischen dem aktuellen Marktpreis/-kurs und dem beim Abschluss festgelegten Preis/Kurs.

In Bezug auf den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme ist darauf zu verweisen, dass bei optionalen Produkten auch eine Ausübungsform (z. B. europäische Optionen mit Ausübung zur Endfälligkeit bzw. amerikanische Optionen mit jederzeitigem Ausübungsrecht) in den Vertragsbedingungen festgelegt ist.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten (risikogewichtet)

| in Mio. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|--|------------|------------|
| Forderungsklasse Institute | 147 | 196 |
| Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen) | 109 | 349 |
| Insgesamt | 256 | 545 |

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der COREP Solvenzmeldung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahenten-netting berücksichtigt ist.

(37) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2015 in Tsd. €

| Verbundene Unternehmen | | | | | | |
|---|--|----------------|------------------|-----|--------------|----------|
| Lfd. Nr. | Name/Ort | Kapital-anteil | abw. Stimmrechte | WKZ | Eigenkapital | Ergebnis |
| 1. | BSK Immobilien GmbH (vormals Linden Grundstücks GmbH), Berlin ⁴⁾ | 100,00 | | € | -309 | -79 |
| 2. | CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ⁴⁾ | 100,00 | | € | 151 | -18 |
| 3. | Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁴⁾ | 99,93 | | € | -3.855 | -41 |
| 4. | Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin ⁴⁾ | 74,37 | | € | -4.330 | -41 |
| 5. | IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4)} | 100,00 | | € | 19 | 0 |
| 6. | IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ⁴⁾ | 100,00 | | € | 84 | 7 |
| 7. | LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{2) 4)} | 100,00 | | € | 1.534 | 0 |
| 8. | LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ⁴⁾ | 100,00 | | € | 3.400 | 0 |
| 9. | S-Kreditpartner GmbH, Berlin ^{4) 5)} | 66,67 | | € | 375.311 | 21.198 |
| 10. | Versicherungsservice GmbH Unternehmens- gruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{2) 4)} | 100,00 | | € | 1.036 | 0 |
| 11. | Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungs- gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4)} | 100,00 | | € | 833 | 140 |
| Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H. | | | | | | |
| 12. | BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ⁴⁾ | 22,07 | | € | 10.244 | 368 |
| 13. | Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ^{1) 3)} | 49,00 | | € | 3 | 0 |
| 14. | NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinations- gesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover ⁴⁾ | 0,00 | 50,00 | € | 173 | 20 |
| 15. | WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, Pullach ⁴⁾ | 49,00 | 36,30 | € | -1.602 | 357 |
| Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB) | | | | | | |
| 16. | SCHUFA Holding AG, Wiesbaden ⁴⁾ | 5,10 | | € | 45.442 | 15.921 |

1) mittelbar gehalten

2) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

3) Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

4) Es liegen Daten zum 31.12.2014 vor.

5) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitserfordernisse

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

| Gesellschaft | |
|--------------|--|
| 1. | LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin |
| 2. | Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin |

(38) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

| Nominalwert in Tsd. € | Hypothekenregister | | Öffentliches Register | |
|---------------------------------|--------------------|------------------|-----------------------|------------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Nennwert Deckungsmasse | 3.042.303 | 3.270.996 | 1.663.137 | 1.973.811 |
| Nennwert Pfandbriefumlauf | 2.596.000 | 2.122.500 | 1.158.000 | 1.048.000 |
| Nennwertüberdeckung | 446.303 | 1.148.496 | 505.137 | 925.811 |
| Barwert Deckungsmasse | 3.326.481 | 3.621.451 | 1.808.205 | 2.162.548 |
| Barwert Pfandbriefumlauf | 2.725.246 | 2.280.007 | 1.227.543 | 1.122.248 |
| Barwertüberdeckung | 601.235 | 1.341.444 | 580.662 | 1.040.300 |
| Risikobarwert Deckungsmasse | 3.173.610 | 3.495.702 | 1.755.644 | 2.091.951 |
| Risikobarwert Umlauf | 2.611.786 | 2.199.158 | 1.200.850 | 1.090.569 |
| Risikobarwertüberdeckung | 561.824 | 1.296.544 | 554.794 | 1.001.382 |

| ergänzende Informationen | Hypothekenregister | | Öffentliches Register | |
|--|--------------------|------------|-----------------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Forderungen ohne Insolvenzvorrecht (nominal in Tsd. €) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse (in %) | 74,86 | 68,16 | 76,44 | 69,65 |
| Anteil des festverzinslichen Umlaufs (in %) | 77,47 | 72,20 | 65,37 | 74,62 |
| Nettobarwert der Deckungsmasse in Fremdwährungen (in Tsd. €) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Nettobarwert des Umlaufs in Fremdwährungen (in Tsd. €) | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Volumengewichtetes Alter der Hypothekendarlehen (in Jahren) | 5,41 | 5,79 | 0,00 | 0,00 |
| Beleihungswertauslauf der Hypothekendarlehen (in %) | 52,10 | 53,54 | 0,00 | 0,00 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

| Zinsbindungsfristen der Darlehen | Deckungs- | | Deckungs- | |
|-----------------------------------|------------------|---------------|------------------|---------------|
| | masse | Anteil % | masse | Anteil % |
| in Tsd. € | 31.12.2015 | | 31.12.2014 | |
| Ersatzdeckung | 224.718 | 7,39 | 292.935 | 8,95 |
| bis zu sechs Monaten | 862.107 | 28,34 | 1.028.759 | 31,45 |
| > 6 Monate und bis zu 12 Monaten | 153.889 | 5,06 | 145.265 | 4,44 |
| > 12 Monate und bis zu 18 Monaten | 146.107 | 4,80 | 100.371 | 3,07 |
| > 18 Monate und bis zu 2 Jahren | 133.710 | 4,39 | 127.109 | 3,89 |
| > 2 Jahre und bis zu 3 Jahren | 150.231 | 4,94 | 377.998 | 11,56 |
| > 3 Jahre und bis zu 4 Jahren | 180.284 | 5,93 | 199.505 | 6,10 |
| > 4 Jahre und bis zu 5 Jahren | 131.603 | 4,32 | 216.967 | 6,63 |
| > 5 Jahre und bis zu 10 Jahren | 855.108 | 28,11 | 735.303 | 22,48 |
| > 10 Jahre | 204.546 | 6,72 | 46.783 | 1,43 |
| Insgesamt | 3.042.303 | 100,00 | 3.270.995 | 100,00 |

| Laufzeitstruktur der Pfandbriefe | Deckungs- | | Deckungs- | |
|-----------------------------------|------------------|---------------|------------------|---------------|
| | masse | Anteil % | masse | Anteil % |
| in Tsd. € | 31.12.2015 | | 31.12.2014 | |
| bis zu sechs Monaten | 161.000 | 6,20 | 50.000 | 2,36 |
| > 6 Monate und bis zu 12 Monaten | 177.500 | 6,84 | 154.500 | 7,28 |
| > 12 Monate und bis zu 18 Monaten | 113.000 | 4,35 | 151.000 | 7,11 |
| > 18 Monate und bis zu 2 Jahren | 161.500 | 6,22 | 227.500 | 10,72 |
| > 2 Jahre und bis zu 3 Jahren | 450.000 | 17,33 | 274.500 | 12,93 |
| > 3 Jahre und bis zu 4 Jahren | 264.000 | 10,17 | 475.000 | 22,38 |
| > 4 Jahre und bis zu 5 Jahren | 251.000 | 9,67 | 264.000 | 12,44 |
| > 5 Jahre und bis zu 10 Jahren | 990.000 | 38,14 | 526.000 | 24,78 |
| > 10 Jahre | 28.000 | 1,08 | 0 | 0,00 |
| Insgesamt | 2.596.000 | 100,00 | 2.122.500 | 100,00 |

Laufzeitstruktur Öffentliches Register

| Zinsbindungsfristen der Darlehen | Deckungs- masse | Anteil % | Deckungs- masse | Anteil % |
|-----------------------------------|--------------------|---------------|--------------------|---------------|
| in Tsd. € | 31.12.2015 | | 31.12.2014 | |
| Ersatzdeckung | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| bis zu sechs Monaten | 517.248 | 31,10 | 717.354 | 36,34 |
| > 6 Monate und bis zu 12 Monaten | 27.741 | 1,67 | 7.830 | 0,40 |
| > 12 Monate und bis zu 18 Monaten | 130.105 | 7,82 | 126.513 | 6,41 |
| > 18 Monate und bis zu 2 Jahren | 129.203 | 7,77 | 28.921 | 1,47 |
| > 2 Jahre und bis zu 3 Jahren | 366.241 | 22,02 | 260.673 | 13,21 |
| > 3 Jahre und bis zu 4 Jahren | 83.781 | 5,04 | 338.974 | 17,17 |
| > 4 Jahre und bis zu 5 Jahren | 104.339 | 6,27 | 83.988 | 4,25 |
| > 5 Jahre und bis zu 10 Jahren | 304.479 | 18,31 | 408.014 | 20,67 |
| > 10 Jahre | 0 | 0,00 | 1.544 | 0,08 |
| Insgesamt | 1.663.137 | 100,00 | 1.973.811 | 100,00 |

| Laufzeitstruktur der Pfandbriefe | Deckungs- masse | Anteil % | Deckungs- masse | Anteil % |
|-----------------------------------|--------------------|---------------|--------------------|---------------|
| in Tsd. € | 31.12.2015 | | 31.12.2014 | |
| bis zu sechs Monaten | 237.500 | 20,51 | 135.000 | 12,88 |
| > 6 Monate und bis zu 12 Monaten | 59.000 | 5,09 | 0 | 0,00 |
| > 12 Monate und bis zu 18 Monaten | 75.000 | 6,48 | 237.500 | 22,66 |
| > 18 Monate und bis zu 2 Jahren | 10.000 | 0,86 | 59.000 | 5,63 |
| > 2 Jahre und bis zu 3 Jahren | 455.500 | 39,34 | 85.000 | 8,11 |
| > 3 Jahre und bis zu 4 Jahren | 159.000 | 13,73 | 205.500 | 19,61 |
| > 4 Jahre und bis zu 5 Jahren | 144.000 | 12,44 | 159.000 | 15,17 |
| > 5 Jahre und bis zu 10 Jahren | 18.000 | 1,55 | 167.000 | 15,94 |
| > 10 Jahre | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Insgesamt | 1.158.000 | 100,00 | 1.048.000 | 100,00 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG:

Liquiditätsdeckung

| in Tsd. € | 31.12.2015 |
|---|----------------|
| Hypothekendarlehen | |
| Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min. | 159.641 |
| Liquiditätsdeckung am 28.01.2016 | 224.814 |
| Liquiditätssaldo kumuliert am 28.01.2016 | -65.173 |
| öffentlicher Pfandbrief | |
| Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min. | 795.592 |
| Liquiditätsdeckung am 17.05.2016 | 869.377 |
| Liquiditätssaldo kumuliert am 17.05.2016 | -73.785 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Hypothekendarlehenregister

| Größenklassen in Tsd. € | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|-------------------------------------|------------------|------------------|
| bis 300.000 € | 392.561 | 401.387 |
| mehr als 300.000 bis 1.000.000 € | 288.746 | 314.647 |
| mehr als 1.000.000 bis 10.000.000 € | 871.988 | 1.120.006 |
| mehr als 10.000.000 € | 1.264.291 | 1.142.020 |
| Insgesamt | 2.817.586 | 2.978.060 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektspitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

| Staaten | Wohnungen | | Ein- und Zweifamilienhäuser | | Mehrfamilienhäuser | | Gesamt | |
|------------------|---------------|---------------|-----------------------------|----------------|--------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | |
| Deutschland | 90.465 | 81.257 | 168.032 | 169.456 | 1.317.920 | 1.179.882 | 1.576.417 | 1.430.595 |
| Insgesamt | 90.465 | 81.257 | 168.032 | 169.456 | 1.317.920 | 1.179.882 | 1.576.417 | 1.430.595 |

| Regionen | Wohnungen | | Ein- und Zweifamilienhäuser | | Mehrfamilienhäuser | | Gesamt | |
|------------------------|---------------|---------------|-----------------------------|----------------|--------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | |
| Baden-Württemberg | 0 | 0 | 2.199 | 73 | 0 | 1.735 | 2.199 | 1.808 |
| Bayern | 0 | 0 | 374 | 216 | 9.543 | 20.468 | 9.917 | 20.684 |
| Berlin | 83.834 | 74.989 | 110.420 | 112.520 | 1.135.143 | 991.029 | 1.329.397 | 1.178.538 |
| Brandenburg | 3.020 | 2.945 | 54.124 | 55.703 | 52.261 | 46.155 | 109.405 | 104.803 |
| Bremen | 11 | 15 | 0 | 0 | 0 | 0 | 11 | 15 |
| Hamburg | 502 | 323 | 0 | 0 | 576 | 619 | 1.078 | 942 |
| Hessen | 101 | 101 | 0 | 0 | 5.064 | 12.635 | 5.165 | 12.736 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 600 | 751 | 284 | 288 | 2.989 | 2.511 | 3.873 | 3.550 |
| Niedersachsen | 0 | 0 | 403 | 306 | 6.950 | 7.465 | 7.353 | 7.771 |
| Nordrhein-Westfalen | 1.969 | 1.986 | 0 | 0 | 35.934 | 28.086 | 37.903 | 30.072 |
| Saarland | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 547 | 0 | 547 |
| Sachsen | 0 | 0 | 0 | 136 | 57.280 | 56.384 | 57.280 | 56.520 |
| Sachsen-Anhalt | 386 | 0 | 49 | 57 | 11.188 | 8.362 | 11.623 | 8.419 |
| Schleswig-Holstein | 42 | 43 | 179 | 157 | 0 | 3.092 | 221 | 3.292 |
| Thüringen | 0 | 104 | 0 | 0 | 992 | 794 | 992 | 898 |
| Insgesamt | 90.465 | 81.257 | 168.032 | 169.456 | 1.317.920 | 1.179.882 | 1.576.417 | 1.430.595 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

| Staaten | Bürogebäude | | Handelsgebäude | | Industriegebäude | | Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude | |
|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|----------------|------------------------------------|----------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | |
| Deutschland | 731.939 | 748.556 | 267.967 | 387.884 | 122.522 | 158.019 | 117.634 | 155.046 |
| Frankreich | 0 | 45.787 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Niederlande | 0 | 19.800 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Polen | 0 | 31.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 731.939 | 845.343 | 267.967 | 387.884 | 122.522 | 158.019 | 117.634 | 155.046 |

| Regionen | Bürogebäude | | Handelsgebäude | | Industriegebäude | | Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude | |
|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|----------------|------------------------------------|----------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | |
| DE Baden-Württemberg | 1.200 | 15.759 | 13.400 | 31.822 | 207 | 25.300 | 1.380 | 20.710 |
| DE Bayern | 3.797 | 13.356 | 0 | 13.991 | 0 | 2.640 | 9.571 | 22.993 |
| DE Berlin | 631.236 | 548.554 | 103.133 | 137.878 | 83.139 | 68.750 | 36.364 | 26.062 |
| DE Brandenburg | 33.935 | 19.090 | 22.552 | 38.647 | 28.135 | 25.880 | 8.417 | 10.788 |
| DE Bremen | 0 | 0 | 1.017 | 1.017 | 0 | 1.113 | 0 | 0 |
| DE Hamburg | 8.898 | 4.611 | 0 | 0 | 1.890 | 0 | 11.408 | 11.408 |
| DE Hessen | 28.610 | 39.386 | 0 | 12.516 | 3.719 | 27.124 | 8.574 | 18.967 |
| DE Mecklenburg-Vorpommern | 611 | 7.177 | 15.187 | 22.108 | 0 | 0 | 585 | 604 |
| DE Niedersachsen | 0 | 13.008 | 6.298 | 20.079 | 0 | 1.690 | 2.703 | 3.041 |
| DE Nordrhein-Westfalen | 10.142 | 42.894 | 30.608 | 26.359 | 5.368 | 4.756 | 6.884 | 9.318 |
| DE Rheinland-Pfalz | 0 | 4.548 | 6.295 | 12.108 | 0 | 0 | 4.493 | 6.473 |
| DE Saarland | 0 | 0 | 0 | 2.064 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| DE Sachsen | 11.481 | 22.719 | 10.187 | 15.405 | 64 | 341 | 21.431 | 21.538 |
| DE Sachsen-Anhalt | 1.538 | 12.679 | 12.782 | 0 | 0 | 0 | 5.721 | 3.035 |
| DE Schleswig-Holstein | 203 | 1.178 | 6.636 | 25.608 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| DE Thüringen | 288 | 3.597 | 39.872 | 28.282 | 0 | 425 | 103 | 109 |
| FR Île-de-France | 0 | 45.787 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| NL Gelderland | 0 | 19.800 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| PL Lodz | 0 | 12.720 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| PL Mazowieckie | 0 | 18.480 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Insgesamt | 731.939 | 845.344 | 267.967 | 387.884 | 122.522 | 158.019 | 117.634 | 155.046 |

| | Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten | | Bauplätze | | Gesamt | |
|--|---|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| | 0 | 0 | 1.107 | 1.173 | 1.241.169 | 1.450.679 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 45.787 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 19.800 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 31.200 |
| | 0 | 0 | 1.107 | 1.173 | 1.241.169 | 1.547.466 |

| | Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten | | Bauplätze | | Gesamt | |
|--|---|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 16.187 | 93.591 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 13.368 | 52.980 |
| | 0 | 0 | 1.039 | 1.086 | 854.911 | 782.330 |
| | 0 | 0 | 68 | 87 | 93.107 | 94.492 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.017 | 2.130 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 22.196 | 16.019 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 40.903 | 97.993 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 16.383 | 29.889 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 9.001 | 37.818 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 53.002 | 83.327 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 10.788 | 23.129 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2.064 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 43.163 | 60.003 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 20.041 | 15.714 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 6.839 | 26.786 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 40.263 | 32.413 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 45.787 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 19.800 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 12.720 |
| | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 18.480 |
| | 0 | 0 | 1.107 | 1.173 | 1.241.169 | 1.547.466 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Hypothekenregister

| Lage des Grundpfandrechts in Tsd. € | Rückständige Leistungen | | Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen >= 5 % | |
|--|-------------------------|-------------|---|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Deutschland | 36,6 | 51,2 | 92,0 | 0,0 |
| Insgesamt | 36,6 | 51,2 | 92,0 | 0,0 |
| Berlin | 35,8 | 6,9 | 92,0 | 0,0 |
| Brandenburg | 0,8 | 1,1 | 0,0 | 0,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 0,0 | 43,2 | 0,0 | 0,0 |
| Insgesamt | 36,6 | 51,2 | 92,0 | 0,0 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4a/b/c PfandBG:

| Anzahl | Gewerblich | | Wohnungsbau | |
|--|------------|------------|-------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| Zum Abschlusstichtag anhängige Zwangsver- steigerungs- und Zwangs- verwaltungsverfahren | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Im Geschäftsjahr durchge- führte Zwangsversteigerungen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke | 0 | 0 | 0 | 0 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Öffentliches Register

| Größenklassen in Tsd. € | 31.12.2015 |
|---------------------------------------|------------------|
| bis 10.000.000 € | 25.393 |
| mehr als 10.000.000 bis 100.000.000 € | 863.078 |
| mehr als 100.000.000 € | 774.666 |
| Insgesamt | 1.663.137 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

| geschuldet/ gewährleistet | Staatsregierungen | | Regionale Gebietskörperschaften | | Örtliche Gebietskörperschaften | | Sonstige öffentliche Schuldner | | Gesamt | |
|---------------------------------------|-------------------|----------------|------------------------------------|----------------|-----------------------------------|---------------|-----------------------------------|----------------|------------------|------------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | | | |
| Deutschland | 0 | 412.248 | 0 | 770.753 | 0 | 68.101 | 0 | 687.708 | 0 | 1.938.810 |
| Deutschland (geschuldet von) | 0 | 0 | 796.463 | 0 | 60.327 | 0 | 389.085 | 0 | 1.245.875 | 0 |
| Deutschland (gewährleistet von) | 307.564 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 74.698 | 0 | 382.262 | 0 |
| Kanada | 0 | 0 | 0 | 35.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 35.000 |
| Kanada (geschuldet von) | 0 | 0 | 35.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 35.000 | 0 |
| Insgesamt | 307.564 | 412.248 | 831.463 | 805.753 | 60.327 | 68.101 | 463.783 | 687.708 | 1.663.137 | 1.973.810 |

| davon aus Gründen der Export- finanzierung | Staatsregierungen | | Regionale Gebietskörperschaften | | Örtliche Gebietskörperschaften | | Sonstige öffentliche Schuldner | | Gesamt | |
|---|-------------------|------------|------------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|----------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | | | |
| Deutschland (Export) | 307.564 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 307.564 | 0 |
| Insgesamt | 307.564 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 307.564 | 0 |

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG:

Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

| Schuldner | Staatsregierungen | | Regionale Gebietskörperschaften | | Örtliche Gebietskörperschaften | | Sonstige öffentliche Schuldner | | Gesamt | |
|-------------|-------------------|------------|------------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | | | |
| Deutschland | 2.492 | 0 | 417 | 1.067 | 0 | 0 | 11 | 0 | 2.920 | 1.067 |

Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen >= 5 %

| Schuldner | Staatsregierungen | | Regionale Gebietskörperschaften | | Örtliche Gebietskörperschaften | | Sonstige öffentliche Schuldner | | Gesamt | |
|-------------|-------------------|------------|------------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|-----------------------------------|------------|------------|------------|
| | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| in Tsd. € | | | | | | | | | | |
| Deutschland | 2.523 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2.523 | 0 |

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Volker Alt

Serge Demolière
bis 31.10.2015

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler

Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon
Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff^{*)}
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Ringo Bischoff^{*)}
ab 29.07.2015

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen und Bundesbank ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Michael Dutschke^{*)}

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Dr. Michael Ermrich
ab 29.07.2015

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

Christina Förster^{*)}

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bernd Fröhlich
ab 29.07.2015

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Mainfranken Würzburg

Dennis Gehrke^{*)}

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn

Sven Herzog^{*)}

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

| | |
|--|---|
| René Jacobs *) ab 29.07.2015 | Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG |
| Michael Jänichen *) | Bereichsleiter Firmenkunden der Berliner Sparkasse |
| Dr. Eva Lohse ab 29.07.2015 | Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Präsidentin des Deutschen Städtetages |
| Thomas Mang | Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen |
| Astrid Maurer *) | Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG |
| Helmut Schleweis | Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg |
| Peter Schneider | Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg |
| Helmut Späth bis 29.07.2015 | Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern |
| Dr. Harald Vogelsang | Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG |
| Frank Wolf *) | Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg |

*) Arbeitnehmersvertreter

Berlin, 16.02.2016

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Volker Alt

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler

Anlagen

Anlage 1: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 2: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 1

Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Zoologischer Garten Berlin AG, Berlin (ab 18.06.2015)
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin Hyp AG, Berlin (bis 21.01.2015)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
– Visa Europe Limited, London

Mitglied des Verwaltungsrats der
– DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Volker Alt

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (seit 01.01.2015)

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (ab 26.02.2015)

Serge Demolière

Mitglied des Vorstands (bis 31.10.2015)

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Börse Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Eurex Frankfurt AG, Eschborn
- Eurex Clearing AG, Eschborn (bis 30.06.2015)
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (ab 01.01.2015)

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Eurex Zürich AG, Zürich

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBB RE Luxembourg S. A., Luxemburg (bis 10.11.2015)

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- LBB Finance (Ireland) plc, Dublin (bis 02.11.2015)

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstands

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg (bis 17.11.2015)
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main (bis 26.03.2015)
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Tanja Müller-Ziegler

Mitglied des Vorstands

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart (ab 01.01.2015)
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
(ab 17.01.2015)
- S-Kreditpartner GmbH, Berlin (ab 15.01.2015)

Anlage 2

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Dr. Alexander Fest

Mitglied des Aufsichtsrats der
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

Sascha Händler

stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrats der
– AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Kai Uwe Peter

Mitglied des Aufsichtsrats der
– B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Knut Richter

Mitglied des Aufsichtsrats der
– AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalspiegel, Kapitalflussrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungs-

legungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 23.02.2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Michael Quade
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 16.02.2016

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Volker Alt

Hans Jürgen Kulartz

Tanja Müller-Ziegler

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2015 in sieben Plenumsitzungen sowie in zweiundzwanzig Ausschusssitzungen – davon eine Telefonkonferenz – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich zeitnah, regelmäßig und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst und die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage, zur Regulatorik und Governance sowie zum Stand des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse. In sämtlichen Sitzungen erfolgte die intensive Erörterung der Liquiditäts- und Risikosituation sowie die Berichterstattung über die aktuellen Entwicklungen im Vertrieb der Berliner Sparkasse.

In der Sitzung vom 25. Februar 2015 berichtete der Vorstand ausführlich über die Liquiditätslage und Kapitalausstattung, den Verkauf bzw. die Umhängung von wesentlichen Beteiligungen, den Stresstest sowie den Asset Quality Review (AQR). Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit dem Geschäftsverlauf per 31. Dezember 2014, dem aktuellen Stand des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse, sowie der Entwicklung der Geschäftsfelder Private Kunden und Firmenkunden befasst. Zudem hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Risikolage und -vorsorge des Unternehmens befasst. Der Aufsichtsrat beschloss die Auswahl- und Diversitätsstrategie gemäß CRD, CRR und AktG sowie die Stellenbeschreibungen und Bewerberprofile für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 20. März 2015 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands und des Abschlussprüfers über das Geschäftsjahr 2014 sowie die Beratung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts zum 31. Dezember 2014. Ferner wurden in dieser Sitzung die Jahresberichte der Internen Revision und von Compliance zur Kenntnis genommen und der Bericht des Aufsichtsrats beschlossen. Der Vorstand stellte den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) und die Weiterentwicklung des Verfahrens sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen vor.

Weiter wurden die Anpassung der Kreditkompetenzordnung beschlossen sowie eine ausführliche Darstellung der Risikoprozesse im Kreditkartengeschäft zur Kenntnis gebracht. Der Aufsichtsrat erörterte die Eckpunkte des Verkaufs von zwei Beteiligungen und stimmte dem geplanten Verkauf der Beteiligung an der B + S Card Service GmbH zu. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat im Detail mit den vorliegenden Aufsichtsanforderungen für die LBB Gruppe anhand des Beschlusses der EZB vom 20. Februar 2015. Abschließend wurden Vorstandsangelegenheiten behandelt.

Am 26. Juni 2015 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Neuausrichtung des Geschäftsfelds Private Kunden sowie mit Stress-Szenarien der Niedrigzinsphase und deren Ergebnisauswirkungen. Neben der Geschäftsentwicklung wurden die monatlichen Risikoreports vorgestellt und ausführlich erörtert. Daneben wurden die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene, Anpassungen im Vergütungssystem der außertariflich vergüteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Auswertung der Ergebnisse der jährlichen Effizienz- und Eignungsbewertung des Aufsichtsrats für das Jahr 2014 sowie der Ergebnisbericht des Vorstands zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats behandelt. Darüber hinaus nahm der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2014 sowie den Jahresbericht der MaRisk-Compliance-Beauftragten zur Kenntnis. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten und fasste einen Vorratsbeschluss zur Beauftragung des Abschlussprüfers. Darüber hinaus wurden Themen des „Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ sowie die Fehlzeitenquoten eingehend erörtert.

Aufgrund der Änderung von § 6 Absatz 1 der Satzung der LBB setzt sich der Aufsichtsrat der LBB nunmehr aus 10 Mitgliedern der Eigentümerseite (1 Frau/9 Männer) und 10 Mitgliedern der Arbeitnehmervertretung (3 Frauen/7 Männer) zusammen. In der konstituierenden Sitzung am 29. Juli 2015 wählte der Aufsichtsrat Herrn Georg Fahrenschon zum Vorsitzenden und Frau Bärbel Wulff zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der LBB. Es folgte die Wahl der Mitglieder des Personal- und Strategieausschusses, des Prüfungsausschusses, des Kreditausschusses und des Vermittlungsausschusses.

Am 1. Oktober 2015 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben der Bescheinigung der PwC über die Prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts zum 30. Juni 2015 erneut intensiv den Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Ferner legte der Aufsichtsrat die Prüfungsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2015 fest, nahm die Ergebnisse der Depotprüfung und der Prüfung nach § 36 WpHG 2014/2015 zur Kenntnis und fasste Beschluss über den Wechsel des Abschlussprüfers. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Umsetzung der Kooperation der S-Servicepartner GmbH mit der Norddeutsche Retail Service GmbH sowie die Gesamtübersicht über den Umbau der Informationstechnologie erörtert und zur Kenntnis genommen. Weitere Themen waren die Vorstellung der Vergütungsstrategie und die Information über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme gemäß InstitutsVergV, die jährliche Prüfung der Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung des Vorstands auf ihre Angemessenheit gemäß InstitutsVergV, die Festlegung der Sitzungstermine für die Gremien im Jahr 2016 sowie Vorstandsangelegenheiten.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 12. November 2015 berichtete der Vorstand über den Stand des Projekts Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Der Vorstand stellte zudem den Sanierungsplan der LBBH-Gruppe, die Überwachung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß KWG und InstitutsVergV sowie den Vergütungskontrollbericht vor. Ferner hat der Aufsichtsrat das Strategiedokument und die Risikostrategie nach MaRisk einschließlich der aktualisierten IT-Strategie der Berliner Sparkasse beraten. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Planung befasst und den Geschäftsverteilungsplan des Vorstands ab 1. November 2015 zur Kenntnis genommen.

In seiner letzten Sitzung am 17. Dezember 2015 hat sich der Aufsichtsrat ausschließlich mit der Mittelfristplanung 2016 – 2020 befasst. Diese wurde intensiv erörtert und abschließend zur Kenntnis genommen.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2015 zwei Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Ein Mitglied des Aufsichtsrats hat im Jahr 2015 an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2015 durch den Prüfungsausschuss, den Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss unterstützt. Die Ausschüsse werden aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildet.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2015 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend in den zeitlich nachgelagerten Plenumsitzungen sowie anhand der Ausschussprotokolle berichten lassen.

Corporate Governance

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Dennoch werden bereits implementierte, aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

Personalia Vorstand

Mit Wirkung vom 31. Oktober 2015 legte Herr Serge Demolière sein Amt als Mitglied des Vorstands der LBB nieder.

Personalia Aufsichtsrat

Die Amtszeit der Anteilseignervertreter der Mitglieder des Aufsichtsrats endete mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 29. Juli 2015. Der Aufsichtsrat wurde von bislang 16 auf 20 Mitglieder erweitert. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass künftig durch die Vertreter nahezu aller Regionalverbände der Sparkassen-Finanzgruppe die Eigentümer angemessen im Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG vertreten sind. Die paritätische Besetzung zwischen Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern wurde beibehalten.

In dieser Hauptversammlung wurden die nunmehr neun Vertreter und eine Vertreterin der Anteilseigner im Aufsichtsrat der LBB für die Zeit bis zum Ablauf der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 entscheidet. Die Mitgliedschaft von Herrn Helmut Späth im Aufsichtsrat der LBB

endete mit Ablauf der Hauptversammlung vom 29. Juli 2015. Neu in den Aufsichtsrat der LBB gewählt wurden anteilseignerseitig Frau Dr. Eva Lohse sowie die Herren Dr. Michael Ermrich und Bernd Fröhlich. Daneben wurden von der Hauptversammlung die Herren Georg Fahrenscho, Gerhard Grandke, Artur Grzesiek, Thomas Mang, Helmut Schleweis, Peter Schneider und Dr. Harald Vogelsang wiedergewählt.

Die Wahl der Vertreterinnen und der Vertreter der Arbeitnehmer und Gewerkschaften im Aufsichtsrat durch die Beschäftigten erfolgte bereits im Mai 2014. Die Damen Christina Förster, Astrid Maurer und Bärbel Wulff sowie die Herren Michael Dutschke, Dennis Gehrke, Sven Herzog, Michael Jänichen und Frank Wolf wurden im Mai 2014 bis zum Ablauf der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 beschließt. Aufgrund der Erweiterung des Aufsichtsrats wurden mit Wirkung vom 29. Juli 2015 die Herren Ringo Bischoff und René Jacobs gerichtlich bestellt.

Die Amtszeit der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter endet – analog zur Amtszeit der Anteilseignervertreterinnen und -vertreter – mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 beschließt.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des DCGK geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß KWG und AktG an Zuverlässigkeit, erforderliche Sachkunde und ausreichende Zeit zur Wahrnehmung der Aufgaben, Mandatshöchstgrenzen sowie die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Jahresabschluss 2015

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht der LBB für das Geschäftsjahr 2015 wurde durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat die über die Prüfung erstellten Berichte des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen.

Vor und während der Prüfung informierte sich der Aufsichtsrat beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Lagebericht und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers wurden den Gremienmitgliedern rechtzeitig vor den Bilanzsitzungen des Kreditausschusses und des Prüfungsausschusses am 14. März 2016 sowie des Aufsichtsrats am 18. März 2016 zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

Sowohl an den Bilanzsitzungen des Prüfungsausschusses und des Kreditausschusses wie auch an der Bilanzsitzung des Plenums nahmen die den Jahresabschluss testierenden Vertreter des Abschlussprüfers teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Mitglieder.

Der Prüfungsausschuss hat den Abschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 14. März 2016 geprüft, mit dem Abschlussprüfer erörtert und sodann dem Aufsichtsrat die Feststellung des Abschlusses empfohlen.

Der Aufsichtsrat hat den Abschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an Ziffer 7.2.1 des DCGK davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen. Gegen die Prüfungsergebnisse des Abschlussprüfers ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der LBB zum 31. Dezember 2015 daher in seiner Sitzung vom 18. März 2016 festgestellt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2015 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2016

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Landesbank Berlin AG
Berliner Sparkasse
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
info@berliner-sparkasse.de
www.berliner-sparkasse.de

Konzeption/Gestaltung:

Heimrich & Hannot GmbH
Stralauer Allee 2
10245 Berlin
Telefon: 030 308780-0
www.heimrich-hannot.de

Druck:

Landesbank Berlin AG
Berliner Sparkasse
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
info@berliner-sparkasse.de